



UfU

Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

UfU-Informationen

Ausgabe 15- April 2026

Inhaltsverzeichnis

Initiative BODENplus am UfU – UfU gründet neues Bodenzentrum	Seite 4
Grüne Oasen an heißen Tagen- Wir fördern Klimaanpassung in Vietnam	Seite 6
Wassergerechtigkeit und Strukturwandel durch vielfältige Bildungsformate – Projekt RevierUPGRADE 2.0 stärkt junge Menschen in Ostdeutschland	Seite 11
UfU Projekt "Visions 2045" von der Europäischen Kommission ausgezeichnet! – UfU Projekt gewinnt in der Kategorie "Schulen als Living Labs für Nachhaltigkeit"	Seite 14
Wie lernt man eigentlich Gerechtigkeit? – Ein Blick in das UfU-Projekt Digital-ESD	Seite 16
Fokuspunkt Energie	Seite 22
• Energetische Gebäudesanierung verstehen und umsetzen – Wie Eigentümer*innen besser informiert und unterstützt werden können	Seite 23
• Kommunale Wärmeplanung – Beteiligt euch, sonst werdet ihr beteiligt.	Seite 27
• Deutsche Sporthallen zeigen hohen Sanierungsbedarf- Erste Ergebnisse aus dem UfU Sporthallenprojekt	Seite 30
Wer schmeißt denn da mit Lehm? – Einem russischen Oligarchen missfällt die Berichterstattung des UfU	Seite 32

Dr. Arne Reck

Initiative BODENplus am UfU

UfU gründet neues Bodenzentrum

Ohne Boden kein dauerhaftes Leben auf dem Land, keine Landpflanzen – und damit auch kein Brot, kein Gemüse und kein Fleisch. Auch unser Trinkwasser benötigt den Boden als Filter und Speicher. Ohne Boden also auch kein sauberes Trinkwasser. Die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Biodiversität sind ebenfalls eng mit dem Boden verwoben, sei es durch Wasserrückhalt, Kohlenstoffspeicherung oder durch die bodengebundene Kühlleistung durch Verdunstung – oder ganz einfach als Lebensraum.

Das alleine müsste doch für unsere Gesellschaft Grund genug sein, alles daran zu setzen, dass Böden gesund bleiben – und vor allem: dass sie nicht weiterhin in hohem Tempo versiegelt, übernutzt oder abgetragen werden.

Tatsächlich aber wird die jährliche Bodenerosion, also der Verlust bzw. die Degradation von Böden, auf landwirtschaftlichen Flächen in der EU auf rund eine Milliarde Tonnen geschätzt – deutlich mehr, als durch natürliche Prozesse im selben Zeitraum nachgebildet werden kann ([Luig, et al., 2024](#)). Weitere 1.000 km² Boden sind zwischen 2015 und 2018 durch Versiegelung verloren gegangen ([European Environment Agency, 2024](#)), eine Fläche, die etwa der Stadt Berlin entspricht. Bei der Untersuchung von über 300 landwirtschaftlichen Standorten, die sich auf elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verteilen, konnten in 83 % der Standorte Pestizidrückstände in den Bodenproben nachgewiesen werden ([Silva, et al., 2019](#)).

Wenn uns Ernährungssicherheit, sauberes Trinkwasser, Biodiversität, Klimaschutz und Klimaanpassung am Herzen liegen, führt kein Weg an einem von Grund auf ambitionierten Bodenschutz für gesunde Böden vorbei ([Bellingrath-Kimura, et al., 2025](#))

Der Ansatz von BODENplus – Vom Grund auf Denken. Für gesunde Böden.

Ganz nach diesem Motto möchte die Initiative BODENplus solche Positivbeispiele sichtbarer machen, weiterentwickeln und neue Wege ausloten. Dabei folgt sie stets der Frage: Wie lassen sich Erkenntnisse aus Forschung und Praxis in konkrete Handlungsansätze überführen? Ziel ist es, den vorsorgenden Bodenschutz zu stärken – durch einen integrativen, praxisna-

hen und zugleich forschungsbasierten Ansatz. Die Initiative basiert dabei auf den folgenden drei thematischen Säulen:

Zustand des Schutzgutes Boden in Deutschland: Ziel dieser Säule ist die Entwicklung wissenschaftlich-praktischer Ansätze zur quantitativen und qualitativen Bewertung der Flächeninanspruchnahme und ihrer Auswirkungen auf die Bodenfunktionen.

Treiber von Bodendegradation in Deutschland: Um effektive Schutzmaßnahmen zu entwickeln, ist es entscheidend, die Hauptursachen für Bodendegradation zu identifizieren. Dabei spielen ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle.

Beispiele und Ansätze für praktischen Bodenschutz: BODENplus möchte sich nicht alleine auf die Analyse des Zustands und der Treiber beschränken, sondern vielmehr dieses Wissen in Handeln übersetzen. Innerhalb dieser Säule werden daher konkrete und praktikable Handlungsoptionen abgeleitet und bewährte Praxis aufgezeigt.

Neben den praktisch-wissenschaftlichen Aspekten ist es entscheidend, das Bewusstsein und Verständnis für die Bedeutung des Bodenschutzes in der breiten Bevölkerung kontinuierlich zu fördern. Daher werden alle drei Säulen durch einen horizontalen, gesellschaftsorientierten Ansatz verbunden, der mit Schulprojekten, kreativen Informationskampagnen sowie partizipativen Formaten wie „Citizen Science“ Betroffenheit sichtbar macht und so die Mitwirkung an der Initiative fördert.

Offizielle Gründung mit Auftaktveranstaltung

Im Oktober hat das UfU mit der Auftaktveranstaltung die Initiative BODENplus ins Leben gerufen. Über drei Stunden tauschten sich Vertreter*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik und Zivilgesellschaft darüber aus, wie der Bodenschutz in Deutschland neuen Aufwind bekommen kann.

Nach einem inspirierenden Grußwort von Stefanie Cable im Namen des Bundesverbandes Boden zeigten die Fachbeiträge aus dem Beirat und Gründungsteam von BODENplus eindrücklich, wie vielseitig und zentral das Thema Boden ist:

- Michael Kerth (Sachverständigenbüro Dr. Kerth) betonte aufbauend auf seiner langjährigen Praxiserfahrung, dass alle Stoffe, die wir in die Umwelt entlassen, letztlich im Boden landen – nachhaltiger Bodenschutz gelingt nur, wenn wir Stoffkreisläufe wirklich zu Ende denken.
- Tim Mansfeldt (FG Bodenkunde/Bodengeographie, Universität zu Köln) verdeutlichte, wie akut die Qualität unserer Böden bedroht ist: Ohne eine Kehrtwende in der Flächeninanspruchnahme könnten in 1.000 Jahren in Deutschland keine landwirtschaftlichen Nutzflächen mehr bestehen.
- Katharina Helming (Leibniz Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) und Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)) forderte mehr Soilidarity und zeigte Ansätze auf, wie mit Konsistenz, Suffizienz, Effizienz und Intelligenz konkrete Transformationspfade zu gesunden Böden möglich werden.
- Abschließend stellte Arne Reck (Mitarbeiter UfU, Initiator von BODENplus) am Beispiel der Reduk-

tion der Bodenverdichtung dar, wie flächenhafter Bodenschutz als vorbeugender Hochwasserschutz in der Praxis funktionieren kann – und warum diese Ökosystemleistungen gesellschaftlich honoriert werden müssen.

Im anschließenden partizipativen Teil diskutierten die Teilnehmenden die zentralen Handlungsfelder von BODENplus. Deutlich wurde: Es gibt bereits viele gute Ansätze in Bildung, Beteiligung und Kommunikation sowie Praxisbeispiele zum Thema Bodenschutz – aber kontinuierliche Bewusstseinsbildung und Vernetzung sind entscheidend, um Bodenschutz langfristig zu verankern. Wir halten Euch zu BODENplus auf dem Laufenden – in der nächsten UfU-Information werden wir die Ergebnisse aus der Studie zu ökologischem Bodenschutz als Schlüssel gegen Hochwasser und Klimafolgen vorstellen.

Literatur

Bellingrath-Kimura, S. D., Eser, G. B. U., Fürst, C., Grathwohl, P., Guggenberger, G., Hansjürgens, B., von Haaren, C., Höper, H., Lang, F., Möckel, S., Nabel, M., Roß-Nickoll, M. & Thiele-Bruhn, S., 2025. Wirtschaftlicher Aufschwung, Klimaschutz und Ernährungssicherheit – Ohne gesunde Böden geht es nicht, Dessau-Roßlau: Kommission Bodenschutz beim UBA (KBU).

European Environment Agency, 2024. Geospatial Data Catalogue- Hamronized imperviousness time series. [Online]. Verfügbar über: <https://sdi.eea.europa.eu/catalogue/srv/eng/catalog.search#/metadata/b7a037c5-4c0a-47df-8d5d-17d0ce8e1fee> [Zugriff am 27.07.2025].

Luig, L., Dewitz, I., Witte, T., Wannemacher, D., Stiem-Bhatia, L. & Weigelt, J. Hrsg., 2024. Bodenatlas. Daten und Fakten über eine lebenswichtige Ressource. 2 Hrsg. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. und TMG- Think Tank for Sustainability, TMG REsearch gGmbH.

Silva, V., Mol, H. G. J., Zomer, P., Tienstra, M., Ritsema, C. J. & Geissen, V., 2019. Pesticide residues in European agricultural soils – A hidden reality unfolded. Science of The Total Environment, February, Band 653, p. 1532–1545

Weitere Informationen zum neuen Bodenzentrum des UfU sind auf <https://www.ufu.de/bodenplus/> zu finden.

Auf der Seite befindet sich ein Button, unter welchem man sich für Neuigkeiten zu unserem Bodenplus-Zentrum eintragen kann.



Niklas Müller & Fabian Stolpe

Grüne Oasen an heißen Tagen

Wir fördern Klimaanpassung in Vietnam

Im Projekt GreenCityLabHuế fördern wir naturbasierte Lösungen zur Klimaanpassung in der vietnamesischen Stadt Huế. Dazu zählen etwa grün-blaue Infrastrukturmaßnahmen wie Gründächer, vertikale Begrünungen und Mini-Parks. Dabei vermitteln wir Wissen und bieten der lokalen Bevölkerung gleichzeitig Raum, sich zu beteiligen. Zum Start der Implementierungsphase stellen wir die bisherigen Projektergebnisse und zukünftigen Aktivitäten vor.

Ende der Forschungs- und Entwicklungsphase

Im Frühjahr dieses Jahres stellten wir beim Abschlussworkshop der Forschungs- und Entwicklungsphase zwei neue Veröffentlichungen vor, welche die Ergebnisse der letzten vier Jahre zusammenfassen. Die Veröffentlichungen enthalten Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen zur Planung und Umsetzung grün-blauer Infrastruktur durch naturbasierte Lösungen, mit dem Ziel, einen grüneren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Stadtentwicklungsprozess in Huế zu unterstützen:

[Veröffentlichung 1: Urban green-blue infrastructure as nature-based solutions for urban heat adaptation – A best practices handbook for tropical cities in South-east Asia. The case study of Hue City, Central Vietnam:](#)

Das Handbuch wurde entwickelt, um politischen Entscheidungsträger*innen, Fachleuten und Gemeinden eine wissenschaftliche Grundlage und praktische Instrumente für die Konzeption, Umsetzung und Steuerung naturbasierter Lösungen in Form städtischer

grün-blauer Infrastruktur an die Hand zu geben.

[Veröffentlichung 2: Green City Vision Hue: Promoting nature-based solutions for urban planning. The case of Hue City, Central Vietnam:](#)

Die Green City Vision Hue enthält einen Fahrplan für den Aufbau einer grüneren und klimaresilienten Stadt, die sowohl das kulturelle als auch das natürliche Erbe von Hue bewahrt. Mit ihrem ganzheitlichen und partizipativen Ansatz bietet sie nicht nur eine strategische Orientierung für Hue, sondern dient auch als wertvolle Referenz für andere Städte in Vietnam und Südostasien.

Zur praktischen Untermauerung unserer Forschungsergebnisse haben wir außerdem an drei Standorten in Huế grün-blaue Infrastrukturmaßnahmen gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt. Dadurch sammelten wir wertvolle Erkenntnisse über die Genehmigungsverfahren und die Durchführbarkeit von naturbasierten Lösungen in Huế und zeigten, dass effektive Maßnahmen auch mit geringem Budget und auf kleinen Flächen umgesetzt werden können. Die grün-blauen Infrastrukturmaßnahmen wurden an die lokalen Behörden zur weiteren Pflege und Instandhaltung übergeben und werden in der folgenden Box näher beschrieben:

Auf dem Schulhof der An Dong Green Elementary School installierten wir vertikale Begrünungselemente, welche eine Vielzahl verschiedener Pflanzenarten kombinieren und den Schüler*innen an heißen Tagen Schatten sowie Sitzplätze spenden. Außerdem kühlen sie durch Verdunstungskälte die Umgebung und filtern Schadstoffe aus der Luft. Alle Begrünungselemente wurden mit einem anpassbaren Bewässerungssystem ausgestattet. Durch die Begrünungselemente bekommen die Schüler*innen die Möglichkeit, naturbasierte Lösungen hautnah zu erleben. Die Lehrer*innen integrieren die Vorteile von Stadtgrün in den Unterricht und bringen den Schüler*innen die Pflege der Pflanzen näher. Auf diese Weise fördert das GreenCityLabHue-Projekt die Umweltbildung der lokalen Bevölkerung und schafft ein besseres Verständnis für den Nutzen von naturbasierten Lösungen zur Klimaanpassung.



Im Stadtteil Phu Hoi haben wir die Dachterrasse eines Kulturzentrums durch naturbasierte Lösungen wie Hänge-, Topf- und Rankepflanzen, die entlang der Dachkonstruktion wachsen, aufgewertet. Diese kleinräumigen Maßnahmen werden, sobald die Pflanzen ausgewachsen sind, die Dachterrasse beschatten und einen kühlen Ort für die Bevölkerung schaffen. Die Bepflanzungen wurden durch die Installation eines solarbetriebenen Systems zur Tröpfchenbewässerung ergänzt, um eine ausreichende Versorgung mit Wasser und Nährstoffen zu gewährleisten.



Im Stadtteil Truong An war das Ziel, einen multifunktionalen Grünraum zu schaffen, welcher ökologische Funktionen mit sozialem Nutzen verbindet. Dafür haben wir das Gelände mit einem kleinen Platz mit wasserdurchlässigem Bodenbelag und einer Pergola ausgestattet. Der Bodenbelag ermöglicht bei Regen die schnelle Versickerung von Regenwasser in den Boden und verringert das Risiko lokaler Überschwemmung. Die Pergola dient als Kletterhilfe für Rankepflanzen, die den darunterliegenden Sitzbereich in Zukunft beschatten werden. Installierte Solarlampen beleuchten die Sitzbereiche am Abend und ermöglichen die sichere Nutzung des Platzes auch nach Sonnenuntergang. Der Platz hat sich bereits zu einem beliebten Treffpunkt für die Nachbarschaft entwickelt und zeigt, wie sich grün-blaue Infrastrukturmaßnahmen harmonisch in bestehende urbane Räume integrieren lassen und Raum für Miteinander schaffen.



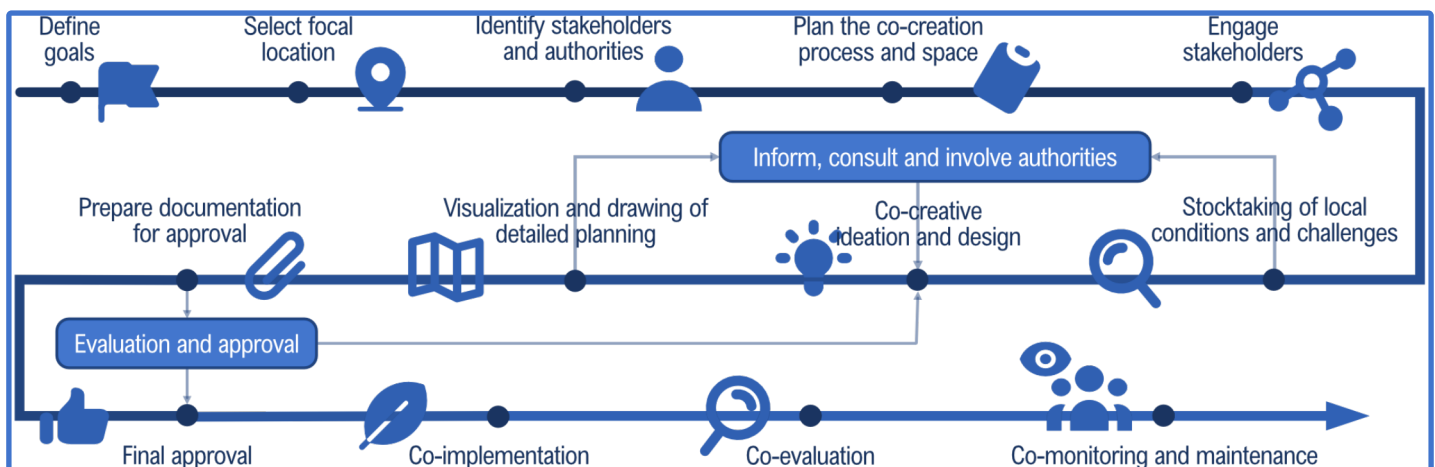
Start der Implementierungsphase

In der aktuellen Implementierungsphase vertiefen wir die gemeinsame Entwicklung von naturbasierten Lösungen in Form von grün-blauen Infrastrukturmaßnahmen und erweitern diese auf zwei weitere Standorte: einen öffentlichen Freiraum rund um ein Kulturhaus am Stadtrand von Hué und einen Teil des Universitätscampus der Hue University of Science im Stadtzentrum. Ziel ist es, die Klimaresilienz und lokalen Umweltbedingungen weiter zu verbessern, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verringerung der städtischen Hitzebelastung, zur Verbesserung der Luftqualität und zur Steigerung der Erholungsqualität. Dabei beziehen wir erneut eine Vielzahl von Interessengruppen in die gemeinsame Gestaltung mit ein, während die lokalen Partner die Maßnahmen durchführen und finanzieren. Um die Umsetzung wissenschaftlich zu begleiten, bewerten wir laufend die Ergebnisse und die Wirksamkeit des partizipativen Ansatzes.

Als eine der ersten Aktivitäten wurde eine Reihe von Factsheets veröffentlicht. Jede Ausgabe befasst sich mit ausgewählten Schlüsselaspekten von naturbasierten Lösungen, beispielsweise ihren potenziellen Vorteilen. Außerdem beinhalten sie praktische Leitlinien für die gemeinsame Planung und Umsetzung. Diese Informationsblätter richten sich besonders an Entscheidungsträger*innen, Praktiker*innen und Gemeinden:

- [Key considerations for co-creating nature-based solutions](#): Dieses Factsheet stellt die gemeinsame Entwicklung naturbasierter Lösungen als entscheidenden Faktor für die Stärkung der Klimaresilienz in städtischen Gebieten vor. Es skizziert die wichtigsten Schritte, von der Zielsetzung und Einbindung der Interessengruppen bis hin zur gemeinsamen Ideenfindung und Planung.
- [Nature-based solutions, enabled by green-blue infrastructure](#): Dieses Factsheet beleuchtet grün-blaue Infrastrukturmaßnahmen als praktischen Weg zur Stärkung der Klimaresilienz von Hué. Eine übersichtliche Checkliste setzt die Ambitionen von Planern, Gemeinden und städtischen Dienststellen in die Tat um, und eine begleitende Matrix zeigt, wie gängige Typen von grün-blauen Infrastrukturmaßnahmen in Hué zu verschiedenen Ökosystemleistungen beitragen.

Im Laufe der Implementierungsphase werden die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt zusammengefasst und verbreitet, um den Kapazitätsaufbau zu vertiefen, den Wissensaustausch zu unterstützen und die Einbeziehung bewährter Verfahren in die lokale Verwaltung und Planung zu fördern. Damit zielt das Projekt darauf ab, die Klimaresilienz und Nachhaltigkeit der Stadt langfristig zu verbessern und als gutes Beispiel für andere Städte in Vietnam und Südostasien zu dienen.



Schematische Darstellung eines Beteiligungsprozesses für die Implementation und Pflege von naturbasierten Lösungen in einer Nachbarschaft (Scheuer, S., Jache, J., 2025). Key considerations for co-creating nature-based solutions. GreenCityLabHué project factsheet.

Alina Beigang

Wassergerechtigkeit und Strukturwandel durch vielfältige Bildungsformate

Projekt RevierUPGRADE 2.0 stärkt junge Menschen in Ostdeutschland

Halle an der Saale im Mitteldeutschen und Cottbus im Lausitzer Revier – beide Städte sind historisch geprägt vom Kohletagebau. Heute sind die Städte und ihre jeweiligen Umgebungen mit den Folgen dieser Energiegewinnung und mit neuen Herausforderungen und Bedarfen konfrontiert. Dabei gilt es, jungen Menschen Perspektiven vor Ort zu bieten und die Transformation sowohl sozial als auch ökologisch zukunftsfähig zu gestalten. In diesem Kontext ist das UfU mit der BUNDjugend Brandenburg im Kooperationsprojekt RevierUPGRADE 2.0 unterwegs.

Ausgangssituation und Handlungsbedarfe

In Halle gehört der aktive Abbau schon eine Weile zur Vergangenheit, oberflächlich sind heute nur noch wenige Spuren sichtbar. Tagebaurestlöcher und einzelne Straßennamen wie „Am Tagebau“ oder „An den Schachthalden“ verbleiben. Sichtbar von der Stadt aus ist zudem das nahegelegene Kraftwerk Schkopau. Dieses wird hauptsächlich mit Braunkohle aus dem ca. 35km entfernten Tagebau Profen betrieben und soll noch bis 2034 weiterlaufen. Das Kraftwerk erzeugt nicht nur Strom für die Chemieindustrie, sondern auch 110 mW Fahrstrom für die Deutsche Bahn. Dabei emittiert das Kraftwerk Schkopau pro Jahr 3,9 Millionen Tonnen CO₂¹

In Cottbus dagegen ist es nicht weit zum nächsten Tagebau und vor den Türen der Stadt ist aus dem ehemaligen „Tagebau Cottbus-Nord“ der umstrittene „Cottbusser Ostsee“ entstanden. Der künstliche See macht immer wieder Schlagzeilen mit Kantenrutschungen und regt Debatten über die Flutung ehemaliger Tagebaurestlöcher an. Denn aufgrund des Klimawandels in einer ohnehin trockenen Region stellen sich auch immer drängende Fragen rund um die Verfügbarkeit von Wasser. In Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind die Kohleunternehmen MIBRAG und LEAG, beide Teil der EPH, die größten Wasserentnehmer.² Noch bis 2038 soll in der Lausitz Kohle gefördert werden.

Die dynamischen Entwicklungen in den Regionen – mit dem Kohleausstieg, sich stark verändernder Demographie und der Ansiedlung neuer Institutionen – bringen Herausforderungen und Chancen in der Ge-

staltung dieser Prozesse mit sich. Bestimmte Fragen rücken nach vorn, beispielsweise in Bezug auf die langfristigen Kosten der Kohleförderung und Wasserfragen. Neue oder geplante Ansiedlungen wie Tesla in Grünheide, Red Bull in Baruth, eine neue Coca-Cola-Abfüllanlage in Halle oder ein Rechenzentrum der Schwarz-Gruppe in Lübbenau haben Auswirkungen auf die (künftige) Verfügbarkeit von Wasser. Der umstrittene Ausbau der Gasinfrastruktur sowie auch der Energieträger Wasserstoff gewinnen im Diskurs an Bedeutung. So wird beispielsweise Schkopau als Standort für ein Gaskraftwerk positioniert.³

Das Projekt RevierUPGRADE 2.0

In unserem Projekt kooperieren wir als UfU mit der BUNDjugend Brandenburg, um in diesem Kontext verschiedene Bildungsformate für junge Menschen im Altersbereich von 16-27 Jahren umzusetzen. Dabei knüpfen wir an den Erfahrungen und Bedarfen an, die wir im Projekt „RevierUPGRADE. Wir. Jetzt. Nachhaltig.“ machen konnten. Dazu gehören u. a.:

- ▷ Junge Menschen fühlen sich zu häufig in ihren spezifischen Bedürfnissen nicht wahrgenommen, nicht gefragt, nicht ernst genommen und nicht handlungsfähig. Obwohl es ein großes Spektrum an beeindruckendem Engagement gibt, nimmt angesichts der Krisen in der Welt sowie auch persönlicher Herausforderungen die Resignation an vielen Stellen zu. Eine solche Resignation können wir uns aus demokratischer Sicht nicht leisten – es braucht neue Wege, den Alltag als mitgestaltbar zu erleben. Es gibt immer noch viele junge Menschen, denen das Thema Klima- und Umweltschutz wichtig ist und die gegen den Abbau der Aufmerksamkeit ankämpfen. „Strukturwandel“ bleibt aber ein Konzept, welches zu Jugendlichen kaum durchdringt und an vielen Stellen der Übersetzungen bedarf.
- ▷ In der Thematik Strukturwandel geht es häufig in erster Linie um (gute) Arbeitsplätze und Demographie. Noch zu selten werden die Veränderungen in Hinblick auf sozial-ökologische Entwicklungen gedacht und angegangen. Wir sind aber überzeugt: Intakte Ökosysteme bilden die Grundlage für uns



Das Projektteam in Halle

Menschen und es braucht schnelle und weitreichende Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion.

- ▷ Das Thema Wassergerechtigkeit ist in der breiten Bevölkerung trotz Dringlichkeit noch nicht angekommen. Die zunehmende Knappheit der Ressource wirft Gerechtigkeitsfragen auf: Verbraucher*innen werden immer häufiger zum Wassersparen aufgerufen und bei Entnahme trotz Verboten drohen teils empfindliche Strafen, während die Industrie ungehindert Grundwasser und Flüsse anzapfen darf – und oft einen eher symbolischen Preis zahlt.⁴
- ▷ Junge Menschen sind sowohl besonders betroffen als auch wichtige mögliche Change Agents. Sie haben viele frische Ideen und kreative Ansätze, bringen häufig Optimismus mit und haben Lust, Dinge auszuprobieren und Alternativen kennenzulernen. Zur Überwindung von Barrieren und für mehr Reichweite brauchen sie an vielen Stellen bestimmte Ressourcen wie methodisches Handwerkszeug, Treffpunkte, Kontakte, Geld, Unterstützung oder Beratung.
- ▷ Es gibt tolle, engagierte Personen und Gruppen in den Regionen. Obwohl an vielen Stellen elementar wichtige Arbeit geleistet wird, so zum Beispiel in Jugendklubs, ist die Situation vieler Engagierter zu häufig sehr prekär. Im Projekt werden wir an vorhandenen Kontakten und Vernetzungen anknüpfen und uns, soweit möglich, gegenseitig unterstützen.

Dem Projektteam von RevierUPGRADE 2.0 ist wichtig, die Ideen und Visionen junger Menschen für eine sozi-

al-ökologische Entwicklung zu stärken. Gemeinsam möchten wir ausprobieren, voneinander lernen und zeigen, wie Aspekte des Wandels vor Ort ökologisch, sozial ausgewogen und jugendgerecht gestaltet werden können. Fragen, denen wir uns in unterschiedlichen Formaten im Projektrahmen widmen, umfassen unter anderem:

Wie kann eine klimagerechte und lebenswerte Zukunft in Halle und Cottbus aussehen? Was bedeutet der Strukturwandel konkret in unseren Stadtteilen? Was passiert eigentlich mit den Tagebauflächen? Wie können wir die Zukunft selbst in die Hand nehmen? Welche Verantwortung tragen wir alle für einen bewussten Umgang mit Wasser als kostbare Ressource?

Inhaltlich rücken wir das Thema Wasser(gerechtigkeit) verstärkt in den Mittelpunkt des Projekts. Wasser ist unsere Lebensgrundlage und in Zeiten des Klimawandels ein Schlüssel für zukunftsgerechte Stadtentwicklung, Biodiversität und Lebensqualität und spielt eine besondere Rolle in den Fokusregionen. Hier braucht es Ideen und Maßnahmen für einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser Ressource. Noch besteht die Spree beispielsweise knapp zur Hälfte aus Wasser des Braunkohletagebaus. Der absehbare künftige Mangel setzt sich bis nach Berlin fort.

In zweitägigen Future Labs lernen die Teilnehmenden regionale Wandelakteur*innen kennen, sind bei inspirierenden Exkursionen dabei und entdecken eigene Ideen sowie neue Formen des Engagements. In praktischen Hands-on-Workshops werden Flächen gemeinsam ökologisch aufgewertet, zum Beispiel durch Blühstreifen oder Klimabeete. Eine Gesprächsreihe rund um das Thema Wasser bietet Raum für Wissen, Austausch und neue Perspektiven. Und mit einer Strukturwandel-Action-Map machen wir sichtbar, wo in beiden Städten bereits Wandel passiert und wo junge Menschen aktiv werden können. Nebenbei lernen wir dabei, dass Mapping-Methoden viele Potenziale einer anderen Auseinandersetzung mit Raum in sich tragen.

Unser Projekt hat einen Instagramkanal:
<https://www.instagram.com/revierupgrade/>



Quellen aus dem Artikel zum Projekt RevierUPGRADE

1. Plantwatch- Transparenzwebseite zu Kftwerken, <https://plantwatch.de/plantwatch/plant/ST100125/>
2. Annika Joeres (2025): Wasserverbrauch in Deutschland: Wasserknappheit droht, Heinrich Böll Stiftung, <https://www.boell.de/de/2025/01/08/wasserverbrauch-deutschland-wasserknappheit-droht>
3. Uli Wittstock (2025): Braunkohlekraftwerk Schkopau – Hoffnung auf Neustart mit Gaskraftwerk, mdr nachrichten, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/saalekreis/kraftwerk-schkopau-110.html>
4. Annika Joeres, Katarina Hutz, Gesa Steeger (2025): Trotz Dürre in Deutschland: Industrie nutzt weiterhin ungebremst Wasser, Correctiv, <https://correctiv.org/aktuelles/kampf-um-wasser/2025/06/05/trotz-duerre-nutzt-industrie-ungehindert-wasser/>

Weiter zu diesem Thema informieren

1. Correctiv-Thema: Kampf um Wasser, <https://correctiv.org/themen/kampf-um-wasser/>
2. Heinrich-Böll-Stiftung, Wasseratlas - Daten und Fakten über die Grundlage allen Lebens, <https://www.boell.de/de/wasseratlas>

Cindy Prager & Muriel Neugebauer

UfU Projekt "Visions 2045" von der Europäischen Kommission ausgezeichnet!

UfU Projekt gewinnt in der Kategorie "Schulen als Living Labs für Nachhaltigkeit"

Beim diesjährigen Education for Climate Day der Europäischen Kommission in Brüssel, einem zentralen europäischen Treffpunkt für Akteur*innen aus Bildung, Politik und Zivilgesellschaft, wurde das UfU-Projekt Visions2045 „Schulen als Impulsgeber für Klimaneutralität in Städten“ in der Kategorie „Schools as Living Labs for Sustainability“ ausgezeichnet. Der Education for Climate Day vereint jährlich Schulen, Lehrkräfte, Schüler*innen, Behörden und Initiativen, um gemeinsam innovative und praxisnahe Lösungen für klimaneutrale und nachhaltige Bildungssysteme zu entwickeln.

Die prämierte Kategorie würdigt Ansätze, die Schulen zu lebendigen Laboratorien der Nachhaltigkeit machen – zu Orten, an denen ökologische Verantwortung im Schulalltag erfahrbar wird. Schulen fungieren dabei als Zentren ökologischen Handelns, in denen Infrastruktur, Verhalten, Unterricht und Gemeinschaftsarbeit ineinandergreifen. Die Kategorie hebt insbesondere hervor, wie Schulen reale Umweltprobleme aufgreifen, Lernende aktiv einbeziehen und lokale Gegebenheiten berücksichtigen, während zugleich übertragbare Modelle entstehen, die viele weitere Schulen inspirieren können.

Genau hier setzt Visions2045 an. Das von der EUKI geförderte europäische Projekt brachte Schulen, Kommunen und Bildungsorganisationen aus Bulgarien, Deutschland, Polen und Slowenien zusammen, um Schulen zu Pionieren der Klimaneutralität in ihren Städten zu machen. Zwischen 2022 und 2025 entwickelten Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern, Facility Ma-

nager und lokale Behörden gemeinsam Visionen klimaneutraler Schulen – und setzten konkrete Schritte zur Umsetzung um. Dazu gehörten Energie- und Mobilitätsmaßnahmen, Schulgärten, klimafreundliche Ernährungskonzepte, Abfallreduktion und enge Kooperationen mit Kommunen und lokalen Unternehmen.

Durch KlimaChecks, Visionswerkstätten und individuell erstellte Fahrpläne wurden Schulen zu Orten, an denen Lernen und Handeln zusammenkommen. Visions2045 zeigt eindrucksvoll, wie ein Whole-School-Ansatz Klimaschutz zu einer echten, gelebten Erfahrung für die gesamte Schulgemeinschaft macht – und warum Schulen starke Treiber nachhaltigen Wandels sind.

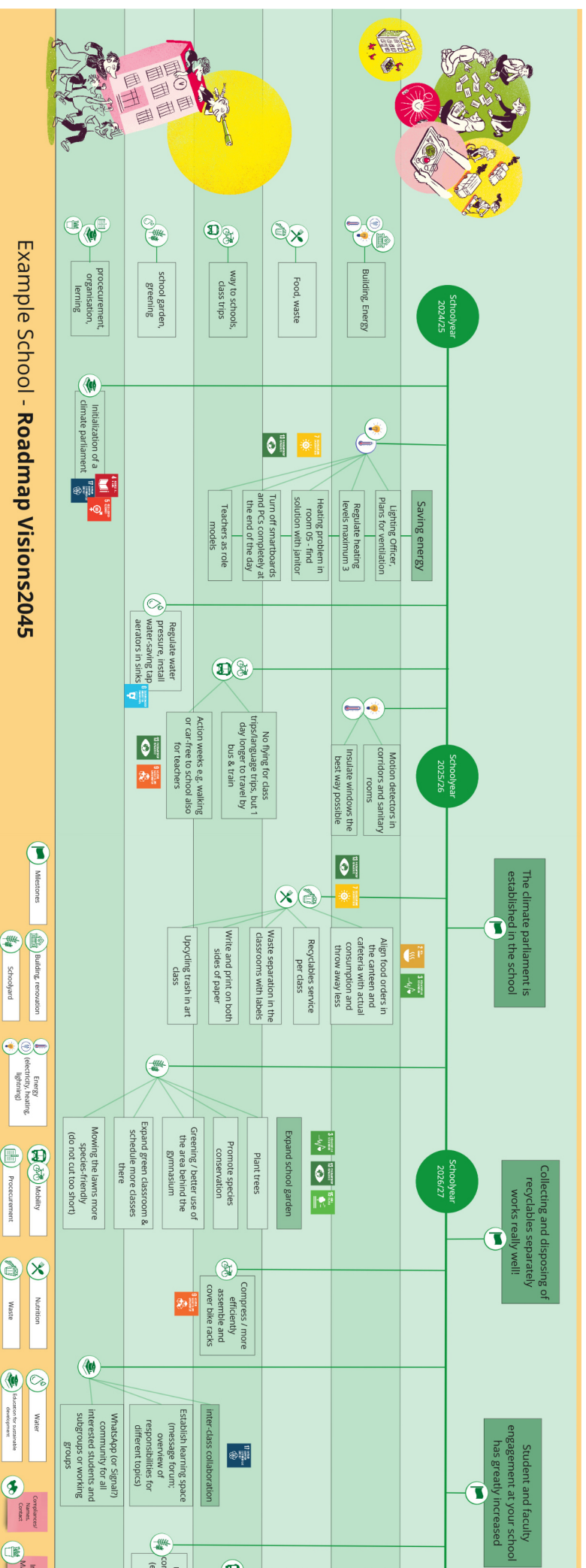
Die im Projekt entwickelten frei verfügbaren Materialien unterstützen Schulen darin, selbst den Weg zur Klimaneutralität zu starten. Schauen Sie gerne rein: www.ufu.de/en/projekt/visions-2045.

Die Auszeichnung unterstreicht die Bedeutung des UfU-Projekts im europäischen Kontext: Visions2045 beweist, dass gemeinschaftliche Prozesse, kreative Beteiligung und lokal verankerte Maßnahmen durch Zusammenarbeit und Austausch eine europaweite Wirkung entfalten können. Erfolgreiche Beispiele klimaneutraler Schulentwicklung werden so zum Vorbild für viele weitere Bildungseinrichtungen.



Bilder von Visionswerkstätten mit unterschiedlichen Gruppen an einer Schule in Zamość, Polen.





Beispiel einer Roadmap, die wir gemeinsam mit einer Schule entwickeln. Eine solche Roadmap wird in Zusammenarbeit mit den Eltern, Schüler*innen, Lehrpersonal, Hausmeistern, der Schulleitung und anderen beteiligten Gruppen an der Schule erstellt. Der Fokus liegt in der Erstellung darauf, die Schule als ganzheitlichen Kosmos zu denken, in welchem verschiedene Nutzergruppen dasselbe Gebäude für unterschiedliche Zwecke nutzen. Entstehen soll ein Zusammenspiel, in welchem jede Nutzergruppe ihre Aufgabe für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Schule übernimmt.

Dr. Christoph Herrler

Wie lernt man eigentlich Gerechtigkeit?

Ein Blick in das UfU-Projekt Digital-ESD

Krisen und Konflikte begegnen uns allerorten – sei es in Diskussionen, den Medien oder im eigenen Umfeld. Oft entsteht der Eindruck, dass (nicht nur) politische Entscheidungsträger*innen beim Umgang damit eher mit dem kurzfristigen Löschen von Brandherden beschäftigt sind als mit einer langfristigen, nachhaltigen Lösung der (strukturellen) Probleme. Genau dieses langfristige Denken wäre indes häufig angebracht – und spielt bei Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eine zentrale Rolle. BNE ist notwendig, um Ori-

zug auf die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs). Diese wurden von den Vereinten Nationen 2015 verabschiedet und sollen bis 2030 erreicht werden. Darunter sind etwa „Hochwertige Bildung“ (SDG 4), „Bezahlbare und saubere Energie“ (SDG 7), „Klimaschutz“ (SDG 13) oder „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (SDG 16). Die SDGs stellen – wie auch die Menschenrechte – Ideale dar, die es anzustreben lohnt. Sie sind also die oben angesprochenen Orientierungspunkte,



entierung zu geben, für welche langfristigen Entwicklungen und Ziele man sich einsetzen sollte. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für Kinder. Allerdings sind sie schon deshalb eine wichtige Zielgruppe, weil sie aller Wahrscheinlichkeit nach länger als andere in einer Welt leben müssen, die weiterhin zu lösende Krisen und zu schlichtende Konflikte bereithalten wird. An Kinder, genauer gesagt: 9–11-Jährige, richtet sich auch unser Projekt Digital Education for Sustainable Development across Europe (Digital-ESD), in welches dieser Artikel einen Einblick geben soll.

BNE, der häufig – auch am UfU – das Adjektiv „transformativ“ vorangestellt wird,¹ nimmt in der Regel Be-

die BNE vermitteln soll. Wenngleich der Prozess des Erreichens der SDGs nie abgeschlossen sein wird, sind sie nötig als Maßstab und Grundlage für das Kritisieren von Zuständen und für das Einfordern von Veränderungen. Nur wer weiß, was unter hochwertiger Bildung oder sauberer Energie zu verstehen ist, kann diese auch einfordern. Nur wer eine Vorstellung davon hat, was Gerechtigkeit ist, kann etwas wirksam als „ungerecht“ kritisieren. Oder allgemein formuliert: Nur wer eine Ahnung davon hat, wofür es sich zu kämpfen lohnt, wird auch dafür eintreten.

Das Projekt Digital-ESD

Wissen und Orientierung zu den SDGs zu vermitteln, ist auch die Kernaufgabe unseres Projekts Digital-ESD, das von Erasmus+ gefördert wird. Gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Deutschland, Ungarn, Zypern, Norwegen und der Ukraine war und ist es dabei unsere Mission, Lehrkräfte mit den Werkzeugen und dem Selbstvertrauen auszustatten, BNE (stärker) in ihre Klassenzimmer zu integrieren. Dadurch sollen Schüler*innen lernen, globalen Herausforderungen kritisch zu begegnen und aktiv Veränderungen voranzutreiben. Wichtig ist uns, dass die SDGs nicht im Abstrakten bleiben, sondern für die Kinder als etwas begreifbar werden, das auch Teil ihres Alltags ist. Im Projekt haben wir eine digitale, interaktive Lernplattform entwickelt. Sie ist unter digital-esd.eu kostenlos abrufbar und in derzeit fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Griechisch, Norwegisch, Ungarisch) verfügbar.

Auf der Plattform gibt es 19 unterschiedliche Lernwelten, die sich an den 17 SDGs orientieren, wobei jeweils Bezüge zu anderen SDGs deutlich gemacht werden. Zusätzlich gibt es noch zwei weitere Lernwelten: Eine davon behandelt das sog. Wedding-Cake-Model, welches sich mit der Interdependenz der SDGs beschäftigt, indem es die Ziele verschiedenen Ebenen zuordnet. Die andere Lernwelt zu Dilemmata macht transparent, dass die Erreichung einzelner SDGs aufgrund begrenzter finanzieller, zeitlicher und natürlicher Ressourcen in Konkurrenz zu anderen SDGs stehen kann. Jede Lernwelt beinhaltet ein interaktives Video zum direkten Einsatz im Unterricht und versorgt

Lehrpersonal mit Lehr- und Lernmaterialien.

Bezug zur eigenen Realität

In nahezu jedem interaktiven Video stoßen vier Figuren im Alter der Zielgruppe (9–11) auf ein Problem in ihrer unmittelbaren Umgebung. Dieser Ansatz, ein SDG an der Lebensrealität der Schüler*innen festzumachen, ist ein wichtiger Baustein nachhaltiger Bildung. Auf diese Weise können abstrakte globale Probleme verständlich und nachvollziehbar aufbereitet werden und Bildung wird nahbar. Um mehr über das gezeigte Problem zu erfahren, setzen die Figuren im Video dann – wortwörtlich – eine „Globale Brille“ auf, welche ihnen die globale Perspektive des Problems im jeweiligen Kontext des SDGs zeigt. Diese Veränderung des Blickwinkels spielt ebenfalls eine große Rolle in der BNE. Auf diese Weise lernen Schüler*innen zu abstrahieren und nähern sich der Komplexität von Problemen an.

Neben Impulsfragen, Suchspielen und Quiz in den Videos enthält jede Lernwelt ein Arbeitsheft für Lernende sowie eine Handreichung für Lehrkräfte. Diese enthalten weitere Aufgaben für den (analogen) Unterricht, von denen mindestens eine zum konkreten Handeln anleitet. Dieser Handlungsbezug ist entscheidend, damit ein transformatives Moment entstehen kann. Transformative BNE soll nämlich nicht nur dazu befähigen und motivieren, bspw. Zusammenhänge und Machtstrukturen zu verstehen und bisherige Annahmen kritisch zu hinterfragen. Sie möchte auch, dass Lernende Partizipations- und Einflussmöglichkeiten mit Herz und Hand kennenlernen und dazu bereit sind, sich zu engagieren und zu spüren: Ich kann etwas bewirken!

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der Erwerb von Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung Teil eines lebenslangen Lernprozesses ist und daher i. d. R. nicht mit dem einmaligen Bearbeiten einer Lernwelt abgeschlossen sein dürfte. Daher regen wir die Lehrkräfte dazu an, weitere Lernwelten im Unterricht zu bearbeiten, indem wir bei jedem SDG in der Handreichung Querverweise zu anderen SDGs herstellen. Jede Lernwelt zielt in erster Linie darauf ab, ein grundlegendes Verständnis für das jeweilige SDG und die damit verbundenen Zusammenhänge zu entwickeln. Der Erwerb und die Erweiterung von Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung können jedoch nur durch kontinuierliches Vertiefen und Lernen erreicht werden.



Entstehen der Lernwelten

Wie bereits erwähnt, möchte dieser Beitrag nun einen Einblick geben, wie eine solche Lernwelt inhaltlich entsteht. Dies geschieht anhand des Beispiels SDG 16, „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“; oder in seiner ausformulierten Originalversion: „Promote peaceful and inclusive societies for sustainable development, provide access to justice for all and build effective, accountable and inclusive institutions at all levels“.

Schritt 1: Lernziele bestimmen

Bevor der Weg angetreten werden kann, muss das Ziel bestimmt werden. Bei den SDGs helfen hierbei neben den Lehrplänen und Orientierungsrahmen aber die UNESCO-Veröffentlichung „Education for Sustainable Development Goals – Learning Objectives“. Die Publikation aus dem Jahr 2017 ist online abrufbar² und formuliert 15 Lernziele für jedes SDG sowie Vorschläge für Themen, Lernansätze und -methoden. Auch für SDG 16 gibt es insgesamt 15 Lernziele, die allerdings nicht alle für die Zielgruppe der 9- bis 11-Jährigen geeignet sind. Wir mussten also aussieben – auch mit Blick darauf, dass der Umfang der Lernwelt (insbesondere des Videos) nicht ausufert. Schließlich soll das Material im Unterricht eingesetzt werden können.

Im Fall von SDG 16 haben wir letztlich elf eigene, aber ans Original angelehnte Formulierungen für die Lernziele erarbeitet. Durch die Auseinandersetzung mit der Lernwelt sollen die Lernenden bspw. in der Lage sein, auszudrücken, dass innerhalb von Gesellschaften Konflikte entstehen, die vermittelt werden sollten (z. B. mithilfe von Regeln und Gesetzen). Und sie sollten daran erinnert werden, dass es bei der Umsetzung von Gesetzen Mängel geben kann (z. B. Korruption) und rechtliche Maßnahmen nicht immer fair sind und Unfairness nicht immer illegal ist.

Schritt 2: Narrativ finden

Ein interaktives Video steht im Zentrum einer jeden Lernwelt. Dieses ist meist zwischen drei und sechs Minuten lang und wird (falls dies von der Lehrkraft aktiviert wurde) unterbrochen von Impulsfragen. Sie sollen dabei helfen, den persönlichen Bezug zum Thema herzustellen. Eine der Impulsfragen in Lernwelt SDG 16 lautet bspw.: „Was bedeutet Frieden für dich? Kannst du es in deinen eigenen Worten erklären?“ Außerdem enthält jedes Video einen Abschnitt, in dem die Figuren die globale Brille aufsetzen und das Thema damit erweitert betrachten. Im Projekt wird die Ge-

schichte, die das Video erzählt, „Boardstory“ genannt. Im nächsten Schritt ging es darum, ein Narrativ für diese Boardstory zu finden, welches die Kerninhalte von SDG 16 thematisiert und mit einem Problem aus der Lebensrealität der Zielgruppe beginnt. In der Lernwelt von SDG 16 dreht sich die Geschichte um eine Wahl zum Schülerrat, bei der es Anzeichen dafür gibt, dass sie nicht völlig fair ablaufen könnte. Der Blick durch die „Globale Brille“ bestätigt diesen Verdacht: Dort wird unter anderem erklärt, wie faire Wahlen ablaufen. Diese hängen mit Chancengleichheit zusammen. Dafür ist im Kontext der Schülerratswahl etwa wichtig, dass alle Zugang zu den relevanten Informationen haben und niemand gemobbt wird (und deshalb entmutigt von einer Kandidatur absehen könnte). Als erstrebenswert wird also ein fairer Wahlprozess in einer Umgebung, in der sich alle willkommen fühlen, dargestellt. Die Schüler*innen werden dazu ermutigt, sich über ihre Rechte zu informieren, andere freundlich zu behandeln und sich (gemeinsam mit anderen) gegen Ungerechtigkeiten einzusetzen. Die Freund*innen in der Gruppe machen dies am Ende des Videos vor, indem sie das Ausgangsproblem angehen und sich für einen faireren Ablauf der Wahl zum Schülerrat engagieren.

Das Video wird – wie auch in den anderen Lernwelten üblich – mit einem kleinen Multiple-Choice-Quiz abgeschlossen. Das dient vor allem zur Kontrolle, ob wesentliche Inhalte des Videos verstanden wurden. In manchen Lernwelten gibt es zudem Suchspiele im Video. Den Lehrkräften wird in der Handreichung empfohlen, sich das Video mit den Schüler*innen zweimal anzuschauen: Beim ersten Durchgang sollen die Kinder unklare Begriffe oder Verständnisfragen notieren, die nach Ende des Videos im Plenum geklärt werden können. Als Unterstützung für die Lehrkräfte gibt es dafür ein Glossar in der Handreichung. Erst beim zweiten Schauen soll die Lehrkraft die Impulsfragen und Übungen im Player aktivieren und das Quiz am Ende von der Klasse lösen lassen. Schließlich sollen Lernaufgaben die gelernten Inhalte vertiefen.

Eine Quizfrage in Lernwelt 16 lautet etwa: „Was macht Wahlen für alle fair?“ (Antwortmöglichkeiten: A) Jeder wird nominiert, ohne gefragt zu werden; B) Jeder erhält genügend Informationen über die Regeln des Prozesses; C) Allen wird gesagt, für wen sie stimmen sollen.)

Schritt 3: Aufgaben konzipieren

Für jede Lernwelt haben wir mehrere Aufgaben bzw. Übungen konzipiert, die sich auf die nähere Erkundung der Boardstory fokussieren, Schüler*innen ins Handeln bringen sowie die Lernziele abdecken bzw. vertiefen, die in der Boardstory ggf. eher touchiert wurden. Die Übungen können unabhängig voneinander eingesetzt werden, damit die Lehrkraft auswählen kann, wie intensiv die Lernwelt angesichts der real vorhandenen Kapazitäten im Schulalltag bearbeitet wird. Die Übungsaufgaben sind im „Arbeitsheft für Lernende“ (direkt adressiert an die Schüler*innen) und in der dazugehörigen „Handreichung für Lehrkräfte“ formuliert und erklärt. In der Handreichung stehen auch Hinweise zur Vorbereitung sowie ein Schätzwert zum zeitlichen Aufwand für die Bearbeitung in der Klasse.

Bei den Übungen zur Boardstory geht es bspw. darum, dass die Lernenden ihre Erkenntnisse notieren, sich mit Mitschüler*innen darüber austauschen, und ausgewählte Stellen aus dem Video noch einmal problematisieren und vertiefen. In der Boardstory von SDG 16 nennen die Figuren z. B. geringe Beliebtheit als einen möglichen Grund dafür, warum sich Menschen ausgeschlossen fühlen (und deshalb nicht für den Schülerrat kandidieren) können. In einer der Übungsaufgaben sollen sich die Schüler*innen dann mithilfe einer Mindmap Gedanken darüber machen, welche weiteren Gründe es geben könnte. Weitere Aufgaben beinhalten bspw. ein Rollenspiel (zu Inklusion), einen Erfahrungsaustausch (zu Ungerechtigkeiten) oder eine Auseinandersetzung mit möglichen Profilen von Schülerräten.

Die „Handeln“-Aufgabe dreht sich um Mediationsprogramme an Schulen. In diesen Programmen werden Schüler*innen dazu befähigt, als Mediator*innen (oft auch „Streitschlichter*innen“ genannt) an ihrer Schule zu arbeiten. Als solche können sie helfen, Streitigkeiten und Konflikte zwischen Schüler*innen gewaltfrei zu lösen. Bei Lernwelt 16 gibt es somit ein relativ gutes Praxisbeispiel dafür, wie das Thema des SDGs, die Befriedung von Konflikten und die gerechte Schlichtung mithilfe von Institutionen, auch in der Lebenswelt der Zielgruppe von Relevanz ist. Falls ein solches Programm bereits an der Schule existiert, werden die Lernenden dazu ermuntert, eine*n Vertreter*in in die Klasse einzuladen und zu befragen. Falls dies nicht so sein sollte, sollen sie eruieren, inwieweit eine Einführung möglich ist. Zudem enthält die Übung Hinweise

für gewaltfreie Kommunikation mit einem Anwendungsbeispiel. Die Ermunterung zum wirksamen Engagement war hier vergleichsweise leicht möglich. In anderen Lernwelten sind die Einflussmöglichkeiten von 9- bis 11-Jährigen hingegen deutlich stärker eingeschränkt.

Die erste der beiden Vertiefungsaufgaben setzt sich mit der Frage „Was ist gerecht?“ auseinander und besteht aus vier kurzen Texten. Wir wollen damit u. a. das Lernziel abdecken, zu erkennen, dass Legalität und Gerechtigkeit nicht immer deckungsgleich sind. Der erste (Informations-)Text handelt vom (historischen) Wahlrecht für Frauen: Früher legal, heute klar als ungerecht bewertet. Es folgen drei fiktive Fälle zu Rache, Korruption und unabhängiger Justiz. Die Bearbeitung der Texte in der Klasse setzt bewusst auf Diskussionen, da es keine universell gültige Definition von Gerechtigkeit gibt. Es ist daher sinnvoll, Gerechtigkeitsfragen als diskussionsbedürftig zu präsentieren. Das soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es durchaus Grundsätze der Fairness gibt. Die Fälle in den Texten zielen eher auf ebendiese ab, etwa auf die Gleichheit vor dem Gesetz (unabhängig vom Vermögen). Die Fairnessgrundsätze sind ein Beispiel für die eingangs angesprochenen Maßstäbe, um bei empfundenen Ungerechtigkeiten Kritik üben und Veränderung einfordern zu können. Fallbeispiele bzw. Geschichten tragen dabei nicht nur zur Veranschaulichung und somit zum besseren Verständnis (im Vergleich mit eher abstrakten Abhandlungen) bei, sondern unterfüttern auch das Verständnis von „Einzelfallgerechtigkeit“, das zumindest in Deutschland verbreitet ist.

Die zweite Vertiefungsaufgabe lässt Schüler*innen Gerechtigkeit spielerisch erleben: Ein Würfelspiel zeigt zunächst (in Variante A), wie ungleiche Regeln – zugunsten der Spielleitung, die ein*e Schüler*in in jeder Kleingruppe übernimmt – Unfairness und Konflikte erzeugen können. Obwohl alle die gleichen Chancen beim Würfeln hätten, verschaffen spezielle Regeln der Spielleitung deutliche Vorteile. Eine Regel besagt etwa, dass (nur) sie – falls sie das möchte – bei einer Eins noch einmal würfeln darf. Die Regeln garantieren zwar nicht, dass die spielleitende Person gewinnt (ein Rest an Spielglück bleibt wie bei jedem Würfelspiel), aber machen es doch viel wahrscheinlicher. Allein die Bevorzugung dürfte aber schon dafür sorgen, dass bei den Mitspieler*innen – völlig zu Recht – ein Gefühl der Ungleichbehandlung und damit verbunden der Vorwurf der Unfairness aufkommt. Der Lehrkraft sollte dieses Konfliktpotenzial bewusst sein. Entscheidend

ist daher die anschließende Reflexion: Nicht einzelne Personen handeln unfair, sondern die Regeln selbst sind ungerecht. Zudem kann darauf eingegangen werden, wie wichtig es ist, wer die Macht hat, Regeln zu erstellen und durchzusetzen. Auch kann die Lehrkraft die Gelegenheit nutzen, um zu diskutieren, wie Konflikte entstehen, wie sie bewältigt werden können und welche Kommunikationsstrategien wichtig sind, um sie zu entschärfen (z. B. „Hört einander gut zu.“, „Keine Beleidigungen“ usw.).

Wie können die Regeln fairer werden? Dafür bedient sich die Variante B des Spiels bei einem der wichtigsten Gerechtigkeitstheoretiker des 20. Jahrhunderts: John Rawls. In seinem Werk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“³ stellt dieser ein Gedankenexperiment an, in dem über die Regeln einer Gesellschaft bestimmt wird. Dabei befinden sich die Parteien in einem Urzustand („original position“) hinter einem Schleier des Nichtwissens („veil of ignorance“), d. h., sie wissen nicht, welche Merkmale (Geschlecht, sozialer Status, Hautfarbe etc.) sie nach dem Beschluss haben werden. Unter dieser Voraussetzung, so verkürzt gesagt, entscheiden sie sich für faire Regeln für alle – denn zu gravierende Nachteile für bspw. ein bestimmtes Geschlecht könnten sie ja am Ende selbst treffen. Das führt letztlich zwar nicht zu einer Gesellschaft frei von (jeglichen) Ungleichheiten, aber zu einem Set an gleichen Freiheiten für alle und einer Gleichheit vor dem Gesetz – oder noch etwas pointierter formuliert: zu fairer Chancengleichheit.

Bevor das Würfelspiel erneut, aber nun in Variante B, beginnt, entscheidet – angelehnt an die „original position“ – die Gruppe aller Spieler*innen darüber, welche Regeln angewendet werden sollen. Die Grundstruktur des Spiels ändert sich nicht, es gibt also weiterhin unterschiedliche Platzierungen am Spielende. Statt einer autokratischen Entscheidung wird jetzt demokratisch beschlossen. Zudem sind die Regeln inzwischen nicht mehr auf eine bestimmte Rolle hin formuliert, sondern alle sind davon gleichermaßen betroffen.⁴ Insgesamt ist Variante B also fairer, weil sie eine bessere Chancengleichheit sicherstellt. Das Konfliktpotenzial sollte – so das Learning und der von uns erhoffte, weitere Verlauf – dadurch deutlich niedriger sein, da jetzt wieder stärker das Würfelglück zum Tragen kommt. Die Kinder lernen idealerweise daraus, dass ein demo-

kratisch gestaltetes Set an Regeln Konflikte einhegen und zu mehr Fairness führen kann. Umgekehrt können sie unfaire Regelungen (die häufig Mächtige privilegieren) besser als solche erkennen, kritisieren und sich für deren Veränderungen einsetzen.

Das Spiel darf – wie das gesamte Material von Digital-ESD – selbstverständlich auch in anderen Lernkontexten als der Grundschulklasse verwendet werden. Der Einblick in die Entstehung einer Lernwelt, die in weiteren Schritten auch evaluiert und überarbeitet wurde, war hoffentlich interessant und hat Lust gemacht, die kostenlose Lernplattform zu erkunden. Viel Spaß dabei!



Interaktive Lernwelten

SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Boardstory für Interaktives Lernen

Jetzt besuchen:

DIGITAL-ESD.EU

Digital-ESD

Quellen & Fußnoten zu dem Artikel zu digitalen ESD

1. Unser Verständnis von transformativer BNE ist hier formuliert: <https://www.ufu.de/transformative-bildung/>
2. Unesco Digital Libratry (2017): Education for Sustainable Development Goals: learning objectives, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000247444>
3. Man beachte das „eine“ (nicht: „die“) im Titel, das unterstreicht, dass es auch nach Rawls' Ansicht keine universal gültige, abgeschlossene Definition oder Theorie von Gerechtigkeit gibt.
4. Bspw.: „Wenn eine Person eine Eins würfelt, darf sie entscheiden, den Würfel noch einmal zu werfen.“

Fokuspunkt: Energie

In dieser neuen Ausgabe der UfU-Informationen setzen wir mit den folgenden drei Artikeln den Fokus auf das Thema Energie und Energiewende. Wir erläutern, das Thema „Energetische Gebäudesanierung“ und wieso sich Eigentümer*innen weiterhin schwer tun, mit der Sanierung ihrer Gebäude.

Wir gehen darauf ein, wie die kommunale Wärmeplanung funktioniert, wieso die vom Gesetz zugesicherte

Öffentlichkeitsbeteiligung zu wünschen übrig lässt und was Bürgerinnen trotzdem tun können, um bei der Wärmeplanung mitzureden.

Und wir berichten aus unserer energetischen Untersuchung deutscher Sporthallen zur Reduzierung der Endenergieverbräuche und welche Herausforderungen dabei entstehen.

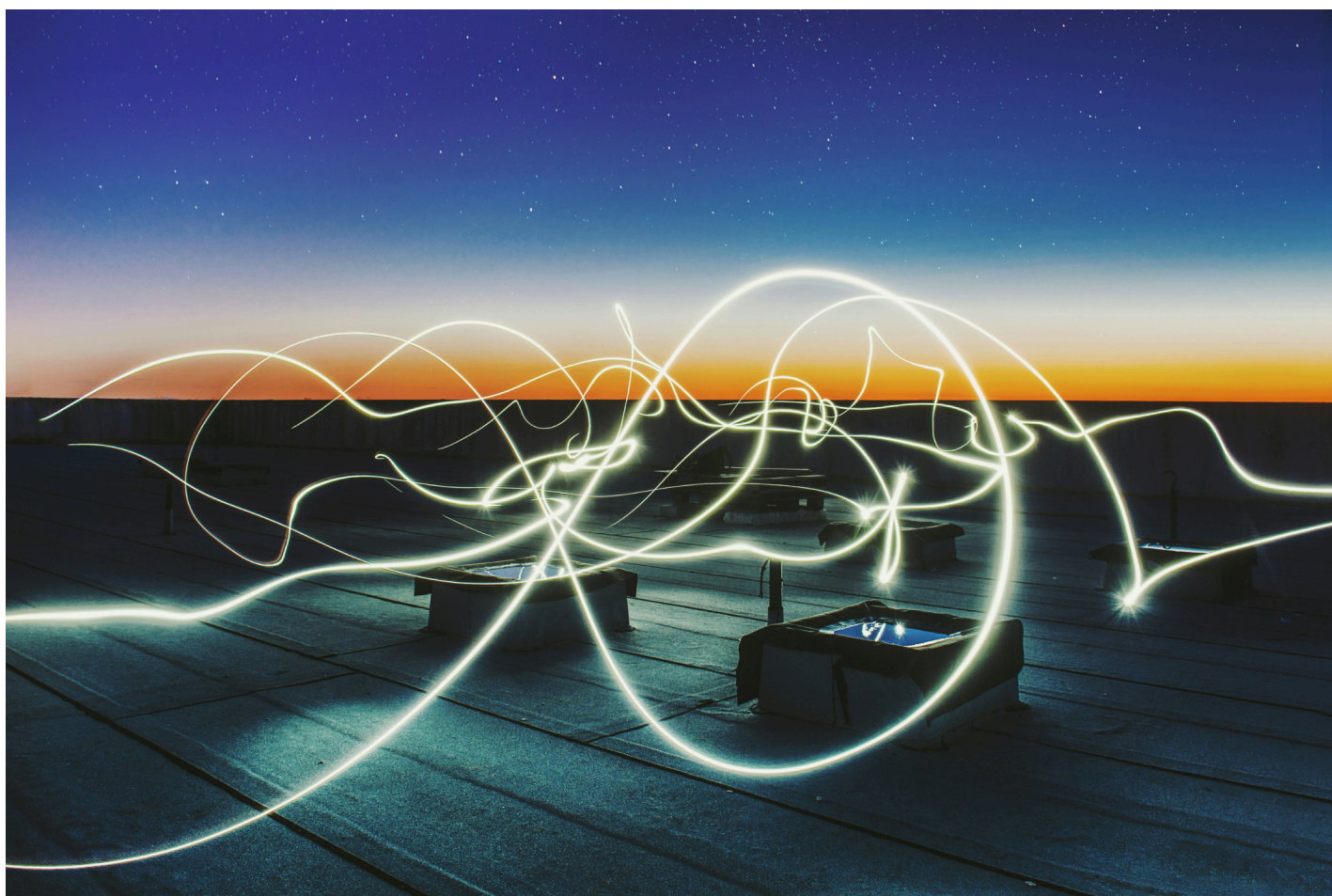


Foto von Federico Beccari auf Unsplash

Cindy Prager, Jonas Rüffer

Energetische Gebäudesanierung verstehen und umsetzen

Wie Eigentümer*innen besser informiert und unterstützt werden können

Deutschland bleiben noch 19 Jahre, um die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu verwirklichen. Und auch wenn die Erreichung dieses Ziels von Jahr zu Jahr unwahrscheinlicher erscheint, gibt es auf zivilgesellschaftlicher Ebene weiterhin zahlreiche Initiativen, der klimaneutralen Gesellschaft näher zu kommen und die Transformation in den verschiedenen Sektoren voranzutreiben. Einer dieser Sektoren ist der Gebäudesektor.

Der Gebäudesektor in Deutschland

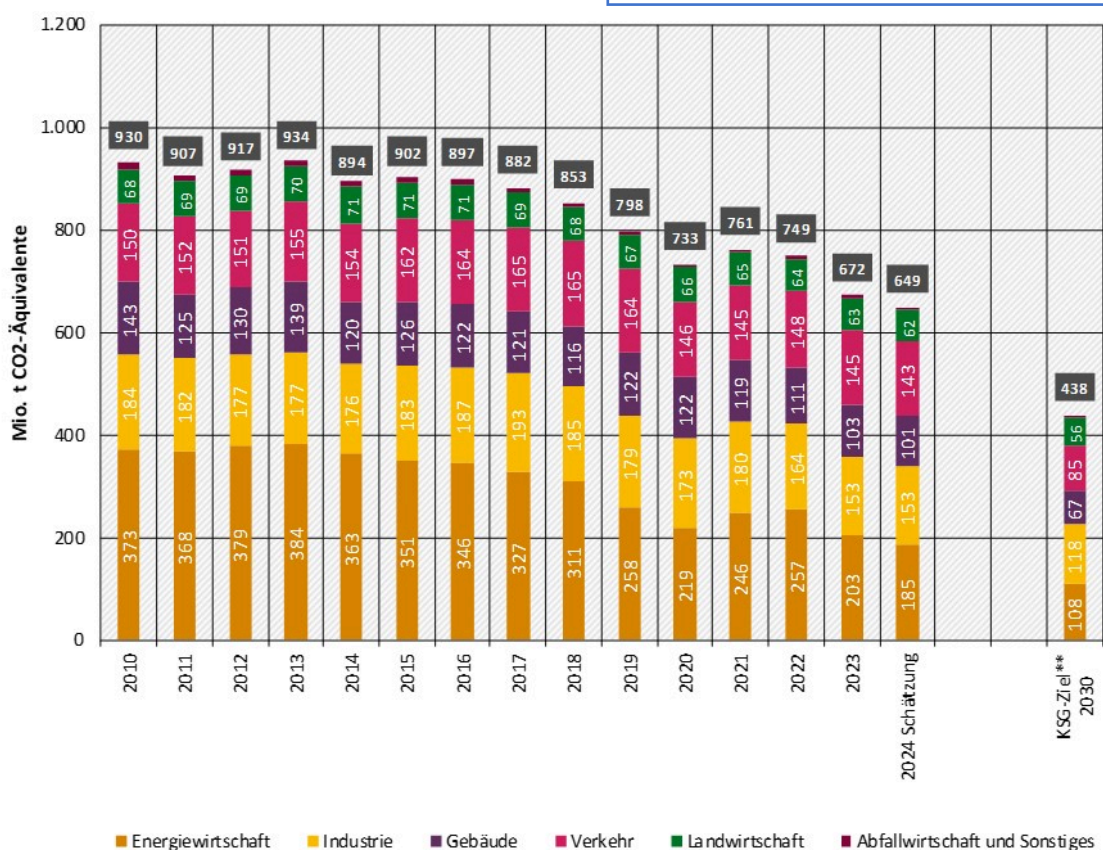
Um den deutschen Gebäudesektor in Hinblick auf seine Transformation zur Klimaneutralität zu betrachten, muss zuvor definiert werden, wie dieser Sektor ausgestaltet ist.

Je nach Berechnungsgrundlage macht der deutsche Gebäudesektor 15–28 Prozent der CO₂-Emissionen aus. Dabei wird zwischen dem Quellprinzip und dem Verursacherprinzip unterschieden: Rechnet man nach dem sogenannten Quellprinzip, wird nur die Verbren-

nung von Brennstoffen in Wohn- und Nichtwohngebäuden als Ausgangspunkt genommen. Damit käme der Gebäudesektor auf ca. 15 Prozent Anteil an den gesamtdeutschen Emissionen.¹ Werden die Emissionen aus dem verbrauchten Strom für diese Gebäude und auch für die Fernwärmeversorgung hinzugerechnet, dann steigt der Anteil des Gebäudesektors auf 28 Prozent.²

Das Besondere am Gebäudesektor ist seine Heterogenität. In Deutschland gibt es über 40 Millionen Gebäude. Der Sektor ist also zerstückelt in Millionen von Eigentümer*innen mit Gebäuden, die unterschiedlichen Zwecken dienen, unterschiedliche bauliche Voraussetzungen haben und unterschiedlichen Normen und Gesetzen unterliegen. Grob unterscheiden kann man zwischen Wohngebäuden und Nichtwohngebäu-

Entwicklung der Gesamtemissionen nach KSG-Sektoren³



den (Bürogebäude, Fabrikhallen, Bahnhöfe, Museen etc.).

Zur ersten Gruppe zählen in Deutschland 19.719.256 Wohngebäude (ca. 43 Mio. Wohnungen) im Bestand.⁴ Wohngebäude sind für die Betrachtung von Treibhausgasbilanzen im Gebäudesektor besonders relevant. Denn sie werden beheizt. Tatsächlich ist das winterliche Beheizen von Wohnungen in Deutschland ein massiver Treiber der schlechten CO₂-Bilanz in Deutschland. Zentral für unsere Betrachtung ist deswegen die sogenannte Wärmewende, also die Transformation der Wärmeversorgung in Deutschland.

Hinzu kommen noch ca. 21 Millionen Nichtwohngebäude, von denen allerdings nur ca. 2 Millionen Gebäude in die Treibhausgasbilanz und Wärmewende einberechnet werden (siehe Kasten).

Möchte man also den Gebäudesektor in Deutschland transformieren, steht man vor der Herausforderung, zwischen den zahlreichen Gebäudetypen und ihren Eigentümergruppen zu unterscheiden. Industrieanlagen haben andere Sanierungsanforderungen als Wohnungen; Rathäuser und Schulen befinden sich in öffentlicher Hand und verursachen einen anderen administrativen Aufwand als Gebäude im Privatbesitz. Dementsprechend ist es notwendig, Gebäude nach ihrer Nutzung und Eigentümerschaft zu klassifizieren. Im Folgenden betrachten wir die Gruppe der Eigentümer*innen von privaten Wohngebäuden und Wohnungen.

Private Wohngebäude – Eine Herausforderung für die Transformation

Private Wohngebäude sind in Bezug auf die Transformation zur Klimaneutralität eine besondere Herausforderung. Die Sanierungsquoten sind in dieser Gruppe durchgehend niedrig und haben sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Und auch hier fällt sofort die Heterogenität dieser Gruppe auf. Millionen von Eigentümer*innen mit unterschiedlichen Rechtsformen (bspw. Genossenschaften, WEG, Miteigentümergeinschaften), finanziellen Möglichkeiten, sozialer Herkunft und Alter, die Gebäude mit unterschiedlichsten baulichen Voraussetzungen besitzen. Vor diesem Hintergrund stellt sich also die zentrale Frage: Warum handeln private Gebäudeeigentümer*innen trotz vorhandener technischer und finanzieller Instrumente so zögerlich und was muss getan werden, damit diese Gruppe besser erreicht wird und mehr private Wohngebäude saniert werden? Genau diese Frage untersuchte unser Forschungsprojekt building-dialogue.

Projekt Building Dialogue: Gebäudeenergie-wende im Dialog mit der Gesellschaft

Das Projekt Building Dialogue hatte die Aufgabe zu untersuchen, welchen konkreten Informationsbedarf private Eigentümer*innen bzgl. der Sanierung ihres Wohngebäudes haben und welche Formate dazu geeignet sind, die Sanierungspraxis zu beschleunigen. Durchgeführt wurde building-dialogue von einem interdisziplinären Konsortium, unter der Leitung des Reiner Lemoine Instituts (RLI), bestehend aus dem UfU, dem Institut für ökologische Wirtschaftsfor-

Es gibt ca. 21 Millionen Nichtwohngebäude in Deutschland, von denen allerdings nicht alle in die Treibhausgasbilanz eingerechnet werden.⁵ Diese reichen von einfachen Garagen über Büro- und Verwaltungsgebäude, Kirchen und Schulen bis zu Industrieanlagen.

Der Einbezug von Nichtwohngebäuden in eine Analyse der Treibhausgasbilanz ist etwas schwieriger, denn ein Großteil der Nichtwohngebäude sind „thermisch nicht konditionierte Nichtwohngebäude“. Umgangssprachlich bedeutet das: Nur ein Teil der Nichtwohngebäude (bspw. Schulen oder Büros) wird beheizt und fällt deswegen unter das Gebäudeenergiegesetz. Ungefähr 2 Millionen Nichtwohngebäude gelten als wirklich thermisch relevant. Hinzu kommen allerdings ca. 4 Millionen Nichtwohngebäude, die zwar thermisch relevant sind, aber nicht unter das Gebäudeenergiegesetz fallen, weil sie unter eine Sonderkategorie fallen. Ein Beispiel sind Kirchen.⁶

schung (IöW) und der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie Landesverband Berlin Brandenburg e. V. (DGS). Es wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert. Es kombinierte sozialwissenschaftliche Analysen mit der praktischen Erprobung von Dialogformaten. Methodisch stützt sich die Untersuchung auf qualitative Interviews mit privaten Gebäudeeigentümer*innen, Energieberater*innen, kommunalen Akteur*innen und Multiplikator*innen sowie auf die begleitende Evaluation realer Veranstaltungsformate wie Messen, Stadt- und Klimafeste, ein Webinar und einen kommunalen Themenabend.

Ziel war es, bestehende Informationsdefizite zu identifizieren und zu verstehen, wie Informationen vermittelt werden sollten, damit sie handlungsrelevant werden und zu tatsächlichen Sanierungsentscheidungen beitragen.

Das Informationsgefälle behindert die Entscheidung

Die Projektergebnisse zeigen, dass die Zurückhaltung gegenüber energetischen Sanierungen nicht ausschließlich auf grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen ist, sondern vor allem auf Orientierungslosigkeit und Unsicherheit. Die technischen Lösungen zur Reduktion von Energieverbrauch und Emissionen sind längst verfügbar – etwa Wärmedämmung, die Nutzung erneuerbarer Energien und modernerer Heizsysteme. Was fehlt, ist das Wissen über richtiges Vorgehen und die eigenen Möglichkeiten. Vor allem ältere Eigentümer*innen sind mit Fragen konfrontiert, was den Wert ihres Hauses erhält, und ob sich die Investition in z. B. ländlichen Gegenden lohnt. Viele Eigentümer*innen fühlen sich mit der Komplexität des Themas überfordert. Besonders häufig genannt werden Unsicherheiten hinsichtlich geeigneter Technologien (z. B. Wärmepumpen), der richtigen Reihenfolge von Maßnahmen, der finanziellen Belastung sowie der Förderbedingungen. Hinzu kommt ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber kommerziellen Beratungsangeboten, ausgelöst durch ein Informationsgefälle zwischen Eigentümer*in und beratendem Dienstleister. Der Wissensvorsprung des Dienstleisters ist gegenüber dem der Eigentümer*innen in vielen Fällen derart groß, dass Eigentümer*innen nicht richtig einordnen können, ob bestimmte Empfehlungen tatsächlich sinnvoll und logisch sind und auch ihren Bedürfnissen

entsprechen. Mehrere Befragte berichteten, dass sie frühere Energieberatungen als schwer verständlich oder nicht ausreichend auf ihre individuelle Situation zugeschnitten wahrgenommen haben. Statt eines Mangels an Motivation zeigt sich somit ein Mangel an verlässlichem, verständlichem und unabhängigem Orientierungswissen. Denn auch gesetzliche Änderungen und politische Kampagnen werden als verunsichernd wahrgenommen. Dialogformate, die an die Zielgruppe der privaten Eigentümer*innen gerichtet sind, müssen das auffangen. Eigentümer*innen wünschen sich eine strukturierte Einordnung, die Antworten auf praktische Kernfragen liefert: Was ist für mein Gebäude sinnvoll? Was kostet es? Wie kann ich die Sanierung fördern lassen? Was bringt es? Lohnt sich das? Was ist der konkrete nächste Schritt?

Online-Tools voranbringen

Um Wissensstand und Selbstvertrauen bei Eigentümer*innen zu fördern, sind digitale Berechnungstools sinnvoll. Sie können komplexe energetische und finanzielle Zusammenhänge verständlich aufbereiten und ermöglichen Eigentümer*innen, erste eigene Berechnungen durchzuführen. In der Praxis sind sie jedoch oft nicht bekannt, sodass ihr Potenzial nicht ausgeschöpft wird. In unserem Projekt wurde daher ein grundlegender Wegweiser erstellt, welcher schrittweise Informationen zu verschiedenen Maßnahmen, Förderungen und rechtlichen Rahmenbedingungen bündelt. Dieser Wegweiser ermöglicht es, sich grundlegend auf Energieberatungen vorzubereiten, und ist als Vorstufe, vor der Anwendung von Online-Berechnungstools zu verstehen. Er ermöglicht Eigentümer*innen, sich erst einmal grundsätzlich mit der Materie vertraut zu machen und danach weitere Berechnungen anzustellen.

Dialogformate als Schlüssel zur Sanierungspraxis

Die wichtigste Erkenntnis im Projekt war jedoch der Bedarf an Dialogformaten für Eigentümer*innen. Veranstaltungen und Diskussionsabende, die individuelle Fragen zulassen und den komplexen Sachverhalt der Sanierung für Eigentümer*innen einordnen, wurden als zentrale Anforderung geäußert. Die Formate sollen konkrete nächste Schritte aufzeigen, Raum für Austausch schaffen und durch unabhängige Expert*innen

begleitet werden. An dieser Stelle entsteht eine Aufgabe für Kommunen. Soll der Sanierungsstand des privaten Gebäudebestands in der eigenen Kommune vorangetrieben werden und auch begleitend zur kommunalen Wärmeplanung, besteht die Aufgabe, solche Dialogformate anzubieten. Mehrere Befragte äußerten zudem den Wunsch nach einer zentralen Ansprechperson in der eigenen Kommune. Praxiswissen sollte innerhalb der Kommune systematisch geteilt werden, damit einzelne Eigentümer*innen Aufgaben nicht mehrfach parallel bearbeiten müssen, sondern

voneinander lernen und von bestehenden Erfahrungen profitieren können. Werden Informationsangebote an den realen Entscheidungslogiken privater Eigentümer*innen ausgerichtet, können Unsicherheiten reduziert und Sanierungsprozesse wirksam angestoßen werden. Damit wird deutlich, dass die Wärmewende im Gebäudebereich nicht nur eine technische, sondern vor allem eine soziale und kommunikative Herausforderung ist.

Quellen aus dem Artikel zur energetischen Gebäudesanierung

1. Bierwirth, Anja; Kaselofsky, Jan (bpb, 2025): Klimaneutrale Gebäude – mehr als „nur“ Null-Emissionen
2. Ebd.
3. UBA (2025): Klimaziele bis 2030 erreichbar. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. Abgerufen von: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimaziele-bis-2030-erreichbar>
4. Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.) (dena, 2026): DENA-GEBÄUDEREPORT 2026. Zahlen, Daten, Fakten zum Klimaschutz im Gebäudebestand
5. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2024): Datenbank schließt Wissenslücke über Nichtwohngebäude
6. Bischof, Julian & Hoerner, Michael & Rodenfels, Markus. (2024). Gesamtstruktur des deutschen Nichtwohngebäudebestands – GEG-relevante Nichtwohngebäude, differenziert nach Unterkategorien, gering bzw. nicht konditionierten Gebäuden. 10.13140/RG.2.2.25164.83845.

Der Online-Wegweiser zu unserem Projekt ist hier zu finden:
<https://building-dialogue.rl-institut.de/>

Jonas Rüffer

Kommunale Wärmeplanung

Beteiligt euch, sonst werdet ihr beteiligt.

Die kommunale Wärmeplanung kommt. Und zwar bald. Und wenn wir nicht aufpassen, dann zieht sie an uns vorbei. Ob wir wollen oder nicht. Wer am Ende in die Röhre guckt und wie wir uns bei der kommunalen Energiewende beteiligen können, darüber informiert die Veröffentlichung des UfU bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Achtung: Die kommunale Wärmeplanung kommt!

Die kommunale Energiewende ist nicht weniger als die Modernisierung, Umrüstung und der Ausbau der deutschen Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene. Jedes Bundesland und seine dazugehörigen Kommunen sind angehalten, einen genauen Plan der zukünftigen Wärmeversorgung aufzustellen. Gemeinden mit über 100.000 Einwohnenden müssen ihre Wärmepläne bis Ende Juni 2026 und Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnenden bis Ende Juni 2028 fertigstellen. Zudem dürfen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnenden eine vereinfachte Wärmeplanung durchführen. Oberstes Ziel: Die Wärmeversorgung soll klimaneutral erfolgen.

Da die Aufstellung eines solchen Wärmeplans keine triviale Angelegenheit ist, wurde der Prozess gesetzlich geregelt. Die Wärmeplanung teilt sich laut Wärmeplanungsgesetz (WPG) in mehrere Phasen auf:

Phase 1 – Beschluss zur Wärmeplanung: Im Beschluss werden bereits erste Eckdaten wie Ziele, Zeitrahmen und Verantwortlichkeiten zur kommunalen Wärmeplanung festgelegt.

Phase 2 – Eignungsprüfung: In dieser Phase wird überprüft, welche Teilgebiete sich nicht durch ein öffentliches Wärme- oder Wasserstoffnetz versorgen lassen.

Phase 3 – Bestands- und Potenzialanalyse: Prüfung des bestehenden Energiebedarfs und seiner Versorgungsarten sowie Prüfung des Potenzials für erneuerbare Energien, Abwärme und Wärmespeicherung.

Phase 4 – Zielszenario und Gebietseinteilung: Einteilung des Plangebiets in Wärmeversorgungsgebiete inklusive Eignungswahrscheinlichkeit für unterschiedliche Wärmearten mit Zieljahr.

Phase 5 – Umsetzungsstrategie: Festlegung der Umsetzungsmaßnahmen für die Versorgung der Gebiete mit Wärme aus erneuerbaren Energien im Zieljahr.

Diese fünf Phasen folgen einer logischen Konsequenz, in welcher schrittweise analysiert wird, welche Gebiete welche Wärmeversorgung bekommen. Das hängt zum Beispiel davon ab, welche Wärme überhaupt vor Ort verfügbar ist, ob es wärmeintensive Industrie im Teilgebiet gibt und auf welche Art Wärme im Gebiet produziert wird. Es ist also klar: Je nach Kommune kann sich der Wärmeplan sehr unterschiedlich ausgestalten.

Wer plant alles mit?

Hauptverantwortlich für die Wärmeplanung ist die „planungsverantwortliche Stelle“ innerhalb einer Kommune. Das können je nach Kommune eigens eingerichtete Stabsstellen sein, aber auch das Bauamt, das Klimaschutz- und Umweltmanagement oder die Stadtplanung. Die Kommune kann die Planung auch an externe Planungsbüros oder Energieagenturen auslagern, bleibt aber letztlich verantwortlich.

Das Gesetz schreibt jedoch noch weitere Akteure vor, die an der Wärmeplanung beteiligt werden:

- Behörden und Träger öffentlicher Belange
- Betreiber eines Energieversorgungsnetzes
- Betreiber eines Wärmenetzes
- die Gemeinde oder den Gemeindeverband

Die Kommune darf zusätzlich noch weitere Fachakteure beteiligen. Dazu zählen:

- Produzenten von Wärme
- Produzenten von gasförmigen Energieträgern
- potenzielle Großverbraucher von Wärme oder Gas
- Weitere juristische Personen, deren Interessen durch die Wärmeplanung erheblich berührt werden.

An dieser Stelle werden bei manchen Menschen bereits die Alarmglocken klingeln. Das ökonomische Interesse großer Energieversorger könnte über dem In-

teresse an einer sozialverträglichen Wärmeplanung liegen, so die Befürchtung.

Nun muss an dieser Stelle betont werden, dass eine funktionierende Wärmeplanung nicht ohne Energieversorger und Netzbetreiber vollzogen werden kann. Diese Unternehmen sind es letztlich, welche die notwendige Wärme liefern müssen. Und einen lokal ansässigen Großverbraucher in die Wärmeplanung einzubeziehen, kann auch als sinnvoll erachtet werden. Der Knackpunkt am Wärmeplanungsgesetz liegt eher darin, wie und mit welcher Reichweite andere Beteiligte, bspw. Bürgerinnen, Vertretungen von Mieter*innen, wissenschaftliche Institute und Umweltverbände, in die Neustrukturierung einer klimaneutralen Wärmeversorgung eingebunden werden.

Formelle Beteiligung – ein Hauch von Nichts

Die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung, also die Art von Beteiligung, die für Bürger*innen und organisierte Zivilgesellschaft vorgesehen ist, gestaltet sich wie folgt:

Phase 1: Die Öffentlichkeit wird informiert, dass die kommunale Wärmeplanung in der Kommune startet.

Phase 2: Die Ergebnisse der Eignungsprüfung werden im Internet veröffentlicht.

Phase 3: Die Ergebnisse der Bestands- und Potenzialanalyse werden im Internet veröffentlicht.

Wärmeplanungsentwurf: Der Wärmeplanungsentwurf kann angeschaut und Stellungnahmen können eingereicht werden.

Zusammenfassend kann man sagen: Bürger*innen sitzen in der Wärmeplanung auf der Zuschauertribüne. Die Beteiligung geht kaum über die Veröffentlichung von Ergebnissen hinaus. Auch wenn am Ende Stellungnahmen eingereicht werden können, ist es eher unwahrscheinlich, dass aufgrund dieser Stellungnahmen wesentliche Punkte im Wärmeplan geändert werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt aus Sicht des UfU zu spät und nicht weitreichend genug. Demgegenüber ist die Beteiligung der anderen großen Akteure teilweise sogar über den gesamten Wärmeplanungsprozess verpflichtend. Diese geringe Ausprägung der Öffentlichkeitsbeteiligung wäre nur halb so problematisch, wenn es nicht am Ende die Bürger*innen wären, welche die Energie beziehen und dementsprechend auch bezahlen müssen. Man bekommt also leicht das Gefühl, dass es vom Zufall abhängt, welche Art der Wärmeversorgung man in Zukunft zur Verfügung ge-

stellt bekommt. Pech hat, wer bspw. in einer Kommune lebt, die sich auf kostspielige Wasserstoffexperimente für die private Wärmeversorgung einlässt. Anbieter von H₂-ready-Heizungen und fossile Netzanbieter möchten allzu gerne die bestehende Gasinfrastruktur weiternutzen.

Wer Fernwärme bekommt, hat zumindest nicht mehr das Problem, selbst dafür sorgen zu müssen, dass die bezogene Wärme klimaneutral ist. Wie und zu welchem Preis die Fernwärme allerdings produziert wird, liegt dann nicht mehr in der eigenen Hand. Am kürzesten Hebel sitzen freilich die Mieter*innen in diesem Land.

Mieter*innen gucken in die Röhre

Die Ausgangssituation für Mietende ist denkbar schlecht. Die Kommune plant gemeinsam mit großen Akteuren ein neues Wärmenetz, welches am Ende vom Wärmebezieher bezahlt werden muss. Als Mieter*in hat man besonders wenig Einfluss auf die Wärmeplanung und die damit zusammenhängenden Entscheidungen bezüglich des Heizungssystems im eigenen Wohngebäude. Dabei kann es preislich einen erheblichen Unterschied machen, ob die alte Gasheizung in Zukunft mit teuren Biokraftstoffen betrieben wird oder ob eine im Betrieb günstigere, aber in der Anschaffung teure Wärmepumpe eingebaut wird und wie die Kosten auf Mieter*innen umgelagert werden. Hier gibt es durchaus Spielräume. Wenn Mieter*innen aber kein Mitspracherecht darüber haben, welche Art der Wärmeversorgung im eigenen Teilgebiet angeboten wird, haben sie auch keinen Einfluss darauf, welche Art der Wärmeversorgung Eigentümer*innen im Keller einbauen oder eben nicht einbauen.

Informelle Beteiligung einfordern!

Glücklicherweise sehen das auch einige Kommunen so. 35 Prozent der Kommunen in Deutschland planen, informelle Beteiligungsverfahren durchzuführen. Wichtiger jedoch: 52 Prozent der Kommunen haben sich noch nicht entschieden, ob sie informelle Verfahren anwenden werden. Wer sich also nicht darauf verlassen will, dass die eigene Kommune die Wärmeversorgung sozialverträglich und gleichzeitig wirklich klimaneutral plant (Umwege über Biokraftstoffe, Pellets und H₂ sind nicht klimaneutral oder werden zumindest aus Sicht des Naturschutzes kritisch betrachtet), der sollte sich umgehend darum bemühen, dass die noch nicht entschiedene Kommune informelle Beteiligungsmöglichkeiten einplant.

Informelle Beteiligung ist jede Art von zusätzlicher Beteiligung, die über das Gesetz hinaus eingeräumt wird. Dies kann in allen möglichen Varianten und Reichweiten gedacht werden. Von einfachen Informationsveranstaltungen, über Diskussionsabende mit Kommunalvertreter*innen bis hin zur tiefen Beteiligung von Bürger*innenräten und anderen Vertreter*innen. In unserer Veröffentlichung stellen wir zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten vor und analysieren und priorisieren sie nach verschiedenen Faktoren.

Schließt euch zusammen!

Damit die Kommune informelle Beteiligungsmöglichkeiten bereitstellt und gleichzeitig effizient in der Wärmeplanung vorankommt, ist von einer Beteiligung durch einzelne Akteure eher abzuraten. Vielmehr sollten der Kommune Vertreter*innen der Bürgerschaft vorgestellt werden, die an der Wärmeplanung mitwirken möchten. Dies kann bspw. ein Zusammenschluss von Mieter*innenvereinen sein. Auch Eigentümer*innen können in dieser Sache Hand in Hand mit Mieter*innen arbeiten. Viele Eigentümer*innen haben ein gleichberechtigtes Interesse an einer ökologischen Lösung, ohne dabei gegen ihre Mieter*innen arbeiten zu müssen. Auch Umweltverbände, die ein berechtigtes Interesse an einer klimaneutralen Wärmeversorgung haben, sind aufgefordert, sich zu beteiligen. Wenn sich zahlenmäßig große Verbünde aus Mieter*innen, Umweltorganisationen, Eigentümer*innen und anderer organisierter Zivilgesellschaft in der Kommune zusammenschließen und mehr Beteiligung an der Wärmeplanung fordern, stehen die Chancen gut, dass die Kommune darauf eingeht. Ein Verweis auf anstehende Kommunal- oder Bürgermeisterwahlen, ein Vorsprechen bei den Ortsgruppen der Parteien und die ein oder andere Demonstration vor einem Rathaus verleihen der Forderung genügend Nachdruck, sollte die Kommune abwimmeln.

Was kann ich als Einzelperson tun?

Wenn du als Einzelperson an der Öffentlichkeitsbeteiligung zur kommunalen Wärmeplanung interessiert bist oder einfach nur wissen willst, was möglicherweise auf dich zukommt, kannst du wie folgt vorgehen.

1. Herausfinden, ob die kommunale Wärmeplanung

in der eigenen Kommune schon begonnen hat.

1. Wenn ja, dann herausfinden, in welcher Phase man sich gerade befindet.
2. Wenn nein, dann herausfinden, ob es Informationen darüber gibt, wer bereits organisiert ist.
2. Als Nächstes herausfinden, ob es bereits Informationsveranstaltungen zur Wärmeplanung in der Kommune gibt. Dort treffen Interessierte/Betroffene aufeinander.
3. Vielleicht gibt es schon Stellungnahmen von Mieter*innenvereinen oder anderen Vertretungen?
4. Abgeordnete aus dem eigenen Wahlkreis können auch bezüglich der Wärmeplanung angeschrieben werden.

Was können engagierte Vereine und Mieter*innenvertretungen tun?

Neben den zuvor genannten Schritten, die auch für die organisierte Zivilgesellschaft gelten, ist es vor allem sinnvoll, sich mit anderen Organisationen zusammenzuschließen und zu evaluieren, welche Art der Beteiligung in der eigenen Kommune eingefordert werden soll. Je nach Gegebenheiten in der Kommune können sich die Voraussetzungen komplett anders gestalten. Wichtig ist es, die planungsverantwortliche Stelle nicht im Vorhinein als Gegner anzusehen, sondern freundlich und unterstützend um mehr Beteiligung zu bitten. Das Werben mit Expertenswissen in den eigenen Reihen und das Angebot von ersten gemeinsamen Gesprächsterminen können die planungsverantwortliche Stelle davon überzeugen, dass eine Zusammenarbeit gewinnbringend ist. Unser Leitfaden zeigt zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten auf, die der Kommune angeboten werden können, um Transparenz bzgl. der Wärmeplanung für Bürger*innen herzustellen.

Sollte die Kommune nicht gewillt sein, informelle Beteiligung zuzulassen, gibt es trotzdem zahlreiche Möglichkeiten, Bürger*innen zu informieren und auch ohne die Kommune Druck auf die Wärmeplanung aufzubauen. Das genaue Vorgehen wird im Leitfaden aufgeschlüsselt. Wir wünschen viel Erfolg bei der Beteiligung!

Zum Leitfaden Öffentlichkeitsbeteiligung in der kommunalen Wärmewende:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/54559/oeffentlichkeitsbeteiligung-bei-der-kommunalen-waermeplanung>

Oliver Ritter

Deutsche Sporthallen zeigen hohen Sanierungsbedarf

Erste Ergebnisse aus dem UfU Sporthallenprojekt

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen untersucht in seinem Sporthallenprojekt seit November 2024 die energetische Situation von Sporthallen in Deutschland. Ziel des Projekts ist es, einen besseren Überblick über die Verbräuche von Sporthallen in Deutschland zu bekommen und die Gesamtemissionen durch verschiedene Maßnahmen nachhaltig zu senken. Dazu entwickelt das UfU eine Systematik zur differenzierten Erfassung und Reduktion des tatsächlichen Endenergieverbrauchs von Sporthallen.

Am 6. November 2025 wurden im Rahmen einer Online-Veranstaltung des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) gemeinsam mit ZEBAU erste Daten und Maßnahmen zur laufenden Untersuchung vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen einen immensen Sanierungsbedarf bei den untersuchten Sporthallen auf. 60 Prozent der Sporthallen sind in einem energetisch schlechten Zustand. Zusätzlich zeigt die Untersuchung, dass viele Sporthallen falsch eingestellt sind und es dementsprechend höhere Verbräuche gibt, als eigentlich notwendig wären.

Solide Datengrundlage fehlt

Um die energetische Situation von Sporthallen zu untersuchen, musste das Projekt erst eine eigene Datengrundlage schaffen. Offizielle Statistiken zur Anzahl von Sporthallen und Sportstätten gibt es nicht. Schätzungen geben an, dass es in Deutschland ca. 40.000 Sporthallen gibt. Zusammen mit anderen Sportanlagen (Tennisanlagen, Schwimmbäder etc.) ergeben sich ungefähr 231.000 Sportstätten.

Auch die Verbräuche werden für einen Großteil der Sporthallen nicht statistisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht. Ähnlich wie bei unseren Erfahrungen mit Schulen, ist es bisher noch sehr schwer, überhaupt an die Verbrauchsdaten von Sporthallen und Sportstätten zu kommen. Oft sind nur Jahresverbräuche abrufbar. Um die Verbräuche aber interpretieren zu können, sind statistische Auswertungen mindestens auf Monatsbasis notwendig.

Die mit den Verbräuchen verbundenen Emissionen deutscher Sportstätten können ebenfalls bisher nur grob geschätzt werden. Laut einer alten Berechnung des Ökoinstitutes verursachen deutsche Sportstätten

jährliche Emissionsmengen von rund 7,5 Millionen Tonnen CO₂.

Aufgrund dieser massiven Datenlücke, hat das UfU im Projekt eigene Daten von ca. 200 Sporthallen generiert und die daraus errechneten Energiekennwerte anhand der Klassenuntergrenzen des Deutschen Städtetags (DST) eingeordnet. Die Verbräuche der von uns untersuchten Sporthallen liegen für das Jahr 2023 im Mittel bei 115 kWh/m² für Wärme und 21 kWh/m² für Strom. Dies entspricht für beide Medien der Energieeffizienzklasse „C“ des DST.

Die Ergebnisse

Hohes Potenzial durch technische Modernisierung

Die höchste Einsparwirkung bei Sporthallen erzielen Modernisierungen an der Gebäudehülle, Heizungs- und Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung, sowie stromsparende LED-Beleuchtung. Sporthallen mit effizienter Lüftung reduzieren den spezifischen Wärmeverbrauch um bis zu 50 Prozent im Vergleich zu konventionellen Systemen. Der Wechsel zu Deckenstrahlungsheizungen und abgesenkten Vorlauftemperaturen spart bis zu zwei Drittel der Wärmeenergie und bis zu 30 Prozent Strom.

Flexible Nutzung ermöglichen

Neben der technischen Modernisierung kann viel Energie durch die Änderung des Nutzungsverhaltens und die Optimierung der Betriebsführung eingespart werden. Viele Sporthallen werden zentralisiert verwaltet und weisen aktuell wenig Flexibilität in der Verbrauchsanpassung auf. Im alltäglichen Sportgeschäft fehlen Möglichkeiten wie Dimmer, Schlüssel zur Heizungsanlage oder zu Schaltkästen, damit der Verbrauch flexibel nach Nutzung angepasst werden kann. Dadurch gehen enorme Einsparpotenziale verloren. Heizungen, Licht und Wasserverbrauch sollten in Zukunft von Verantwortlichen vor Ort flexibler anpassbar sein, um Überverbräuche zu vermeiden.

Notwendige Weichenstellungen: Energiemonitoring in Sporthallen und Modernisierung fördern

Sporthallen benötigen eine systematische und ambitionierte Neuausrichtung der politischen und finanziellen Rahmenbedingungen, um Verbräuche in Zukunft

einzusparen. Als erster Schritt muss eine Datengrundlage geschaffen werden. Wir müssen wissen, wie viele Sporthallen es in Deutschland gibt, wie viel Energie und welche Art von Energie diese verbrauchen und welche Emissionen damit verbunden sind. Dafür ist ein zentrales und flächendeckendes Energiemonitoring für Sporthallen notwendig. Erst wenn Verbräuche täglich digital ablesbar sind und den einzelnen Sporthallen und ihren Versorgungsarten zugeordnet werden, können alle Einsparpotenziale aufgedeckt werden. Die technischen Möglichkeiten sind dazu bereits vorhanden. In der Praxis scheitert es bisher jedoch oft an langen bürokratischen Wegen und der Frage, wer für die Veröffentlichung der Verbrauchsdaten eigentlich zuständig ist.

Sobald die Sporthallen energetisch mittels Monitorings überwacht werden, wird ersichtlich, wo die dringenden Sanierungen notwendig sind und welche Hallen überproportional viel verbrauchen. Durch den Vergleich werden Nacht- und Wochenendauslastungen besser geplant und Havarien wie Rohrleckagen oder defekte Spülungen frühzeitig aufgedeckt. Außerdem gibt das Monitoring Aufschluss darüber, an wel-

chen Tagen und zu welcher Uhrzeit die meiste Energie in der Sporthalle benötigt wird. Mit solchen Informationen können dann Nutzungsanpassungen vorgenommen und in hohem Maße Energie eingespart werden. In einer weiteren Befragung, die das UfU unter 89 Sporthallenbetreibern und Energieberater*innen durchgeführt hat, gaben nur sieben Prozent der Befragten an, über ein digitales Energiemonitoring zu verfügen.

Der Untersuchungsbericht

Im Laufe des Projekts entsteht ein umfassender Untersuchungsbericht, welcher vor allem einen ausführlichen Leitfaden enthalten wird, welcher sich insbesondere an Vereine, Sportfunktionäre, Kommunen und für den Betrieb von Sporthallen verantwortliche Personen richtet. Der Leitfaden soll in verständlicher Weise die Reduktionsmöglichkeiten für die eigene Sporthalle aufzeigen und als erster Handlungsanker dienen.

Interesse am Untersuchungsbericht?

Die erste Version des Berichtes ist bereits abgegeben. Sobald der Bericht veröffentlicht wird, teilen wir dies auf der Projektseite mit. Dort wird er kostenfrei zum Download zur Verfügung stehen:

<https://www.ufu.de/projekt/energiesporthallen/>

Ende Fokuspunkt Energie

Jonas Rüffer

Wer schmeißt denn da mit Lehm?

Einem russischen Oligarchen missfällt die Berichterstattung des UfU

Das Beste kommt zum Schluss

Aus gegebenem Anlass möchten wir unseren lieben Leser*innen und Mitgliedern nicht vorenthalten, welche seltsame Post das UfU letztes erhalten hat.

Die Vorgeschichte

Im Juli 2023 wurde die UfU-Informationen Nummer 9 veröffentlicht. Mit dem Titel „Gerechtigkeit & Umwelt“ widmete sich die Ausgabe unter anderem den klimaethischen Prinzipien zu den Kosten der Umweltrettung und der Thematik der Umweltgerechtigkeit. Ein weiterer, in dieser Ausgabe enthaltener Text erregte nun jedoch die Aufmerksamkeit eines russischen Oligarchen. Mit dem Titel „Reiche Menschen müssen den Planeten retten – Ein Plädoyer für mehr Steuern und Verbote“ machte ein Artikel in den UfU-Informationen darauf aufmerksam, dass insbesondere die wohlhabendsten Menschen der Welt einen vielfach höheren CO₂-Fußabdruck haben, als der Rest der Weltbevölkerung.

Diese an und für sich nicht neue Information wurde in dem ausführlichen Artikel von mehreren Seiten beleuchtet und mit der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland und der Welt ins Verhältnis gesetzt. Fazit: Es sind vorwiegend besonders vermögende Menschen, die das einem Durchschnittsmenschen verfügbare CO₂-Budget um ein Vielfaches sprengen. Durch extravagante Fortbewegungsmittel, Investitionen und luxuriösen Konsum. Der Artikel evaluiert, warum wir mit dem alleinigen Fokus auf eigenverantwortlichen Konsum und Selbstbegrenzung nicht weiterkommen, sondern regulatorische Maßnahmen ergreifen müssen, wenn wir ausufernde CO₂-Emissionen bestimmter Schichten begrenzen möchten.

Zur Unterstützung der Argumentation, dass es primär die oberen Bevölkerungsschichten sind, welche besonders viel CO₂ durch Konsum und Investitionen emittieren, wurde eine Studie herangezogen: Barros, Wilk (2021): The outsized carbon footprints of the super-rich. Erschienen ist diese Studie in „Sustainability, Science, Practice and Policy, Vol. 17, NO. 1, Seiten 316-

322. Die Studie berechnet die geschätzten CO₂-Emissionen von 20 Milliardären im Jahr 2018 und listet dabei die Gesamtemissionen sowie die Aufteilung auf Kategorien wie Immobilien, Transport und Yachten auf. Letztere sind besonders verschwenderische Fortbewegungsmittel, die CO₂-Emissionen sondergleichen in die Luft pumpen. Unter den in der Studie gelisteten Milliardären findet sich auch der russische Oligarch Roman Arkadjewitsch Abramowitsch.

Der Oligarch

Roman Abramowitsch, der den meisten Menschen als ehemaliger Inhaber des FC Chelsea bekannt ist, wurde am 4. Oktober 1966 in Saratow in der RSFSR geboren. Die RSFSR war die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und eine der Unionsrepubliken der Sowjetunion. Als Mensch jüdischer Herkunft hält Abramowitsch neben der russischen auch noch die israelische und die portugiesische Staatsbürgerschaft.

Woher sein Reichtum genau stammt, ist immer wieder Teil von Spekulationen. Fest steht jedoch, dass Abramowitsch einen Großteil seines Vermögens in der ersten Privatisierungswelle nach dem Zerfall der Sowjetunion erwirtschaftete. Der russische Staat verkaufte in den 90ern und Präsident Boris Jelzin bei zahlreichen Auktionsverkäufen Anteile an staatlichen Unternehmen gegen Kredite für diese Unternehmen. Würden die Kredite nicht rechtzeitig zurückgezahlt, gingen die Anteile an den Kreditgeber über. Das Programm nannte sich Loans for Shares. Bei diesen Auktionen soll es immer wieder zu Absprachen zwischen den wenigen finanzstarken Bietenden gekommen sein, sodass Anteile für weit weniger als ihren eigentlichen Wert verkauft wurden. So erhielten gut vernetzte Insider in den Loans-for-Shares-Programmen Anteile an Staatskonzernen im Öl-, Gas- und Metallgeschäft, die teilweise extrem unterbewertet waren. Mit seinen Anteilen verdiente Abramowitsch später ein Vermögen. Im Jahr 2005 verkaufte er seine Anteile aus dem sogenannten Sibneft-Deal für 13 Milliarden US-Dollar an Gazprom.

Abramowitsch war und ist immer eng mit der russischen Politik verflochten. Er war von 2000 bis Juli 2008 Gouverneur in der russischen Region Tschukotka. Dementsprechend werden ihm gute Verbindungen zu Jelzin und auch zu Wladimir Putin nachgesagt. Heute ist Abramowitsch vor allem Aktionär des internationalen Stahlkonzerns Evraz. Der Konzern mit Sitz in London gilt als einer der größten Stahlproduzenten in Russland. Inzwischen ist das Unternehmen jedoch mit Sanktionen belegt und der Handel seiner Aktien an der Börse ausgesetzt, da es Hinweise darauf gibt, dass Evraz Stahl für russische Panzer und andere Rüstungsgüter liefert, die gegen die Ukraine eingesetzt werden. Abramowitsch ist ebenfalls mit Sanktionen belegt. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind die Vermögenswerte von Abramowitsch in der EU eingefroren und er hat ein Einreiseverbot für das Vereinigte Königreich und die EU.¹ Letzteres ist eine komplizierte Angelegenheit, da Abramowitsch die portugiesische Staatsbürgerschaft besitzt.

Die Jacht

Eclipse. So heißt eine 162,5 Meter lange Luxusjacht, welche von der Hamburger Werft Blohm+Voss gebaut wurde. Für wen? Genau diese Frage wird nun wieder diskutiert. Denn bei der Eclipse handelt es sich nicht um eine herkömmliche Jacht. Laut dem Online-Magazin Superyacht Fan, das seinen Sitz auf den Komoren hat und auch eine umfangreiche Eigentümerdatenbank betreibt, handelt es sich um die ehemals größte Superjacht der Welt.²

Ihr Wert wird zwischen 800 Millionen und 1,5 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Jacht soll über zwei Hubschrauberlandeplätze, einen Swimming-Pool, und Platz für ein Mini-U-Boot verfügen. Unter Milliardären scheint es inzwischen eine Art Sport zu sein, sich darin zu messen, wer die größere, luxuriösere, teurere oder technisch aufwendigere Jacht in Auftrag gegeben hat. Jeff Bezos, Mark, Zuckerberg, Bill Gates – sie alle haben Superyachten. Logisch, dass sich also nicht nur Yachtfans dafür interessieren, welcher Milliardär sich ein solches Gefährt bauen ließ. Und so ergibt die Internetrecherche immer wieder dasselbe Ergebnis. Nahezu jede Quelle, die Zeit, die TAZ, die Welt, der Spiegel, die oben zitierte Studie und auch das Magazin Superyacht Fan mit seiner Eigentümerdatenbank, behaupten,

dass die Jacht dem eben beschriebenen russischen Milliardär Roman Abramowitsch gehöre. Wir formulieren hier bewusst im Konjunktiv. Denn dies stimme, so sein Anwalt Joachim Steinhöfel, überhaupt nicht. Herr Abramowitsch ist nach Aussagen Steinhöfels nicht Eigentümer der Jacht. Wer anderes behauptet, der bekommt Post von Steinhöfel. Keinen freundlichen Brief mit Bitte um Korrektur. Keinen Hinweis auf vermeintlich unterlaufene Fehler. Sondern ein Anwaltsschreiben mit vorgefertigter Unterlassungserklärung, Androhung des Rechtsweges, wenn nicht unterschrieben wird, und der Aufforderung, die bereits entstandenen Anwaltskosten zu tragen. So auch das UfU.

Der Anwalt und die Abmahnung

Joachim Steinhöfel ist in der Anwaltsszene nicht unbekannt. Er gilt als Medien- und Wettbewerbsrechtler, der nicht gerne kleinbeigibt und auch im Namen der Meinungsfreiheit gerne vor Gericht zieht. Auf seiner Webseite wirbt Steinhöfel mit Presseaussagen über ihn als Anwalt:

„Und immer vorneweg: Anwalt Joachim Nikolaus Steinhöfel. Dessen Kanzlei schießt mit allem, was das Gesetz an Munition hergibt.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 05.11.2006)³

Steinhöfel vertritt immer mal wieder prominente Mandanten oder prominente Fälle. Er zog etwas gegen Facebook und das Löschen von Nutzerkommentaren ins Feld. Zu den bestätigten prominenten Mandanten von Steinhöfel gehören laut Zeitungsberichten neben Abramowitsch auch Julian Reichelt und Tichys Einblick.^{4,5}

Nun muss man einem Anwalt nicht unbedingt vorwerfen, welche Mandate er annimmt. Es gehört zum Rechtsstaatsprinzip, dass jeder Mensch ein Recht auf einen Anwalt hat, auch die, die einem selbst nicht passen. Man kann jedoch die Art und Weise, wie eine Anwaltskanzlei agiert, kritisieren. Man kann es beispielsweise für überzogen halten, dass unsere damalige Aussage, eine Superyacht gehöre einem Milliardär, einer Verletzung von Persönlichkeitsrechten eben dieses Milliardärs mit Streitwert von 15.000 EUR gleichkommt. Und selbst wenn man akzeptiert, dass Herr Abramowitsch hier im Recht ist und von uns zurecht

fordern kann, die Aussage zu revidieren, ist eine mitgelieferte umfassende Unterlassungserklärung mit Ankündigung der Rechtswegausschöpfung bei Nichtunterzeichnung eine ziemliche Eskalation. Die Kirsche auf der Torte stellt allerdings die Fristsetzung von drei Werktagen dar. Eine derart kurze Fristsetzung ist nicht nur eine Frechheit, sondern dient auch dazu, das Gegenüber unter Druck zu setzen. Für einen gemeinnützigen Verein, welcher keinen eigenen Anwalt und keine Rechtsabteilung im Haus hat, bedeuten solch kurze Fristsetzungen, dass im Grunde alles stehen und liegen gelassen werden muss und sich sofort um den Sachverhalt gekümmert werden muss. Auch wenn Herr Steinhöfel eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts von Herrn Abramowitsch beklagt, so handelt es sich unserer Meinung nach nicht um eine Dringlichkeit, die eine solch kurze Fristsetzung rechtfertigen würde. Der Artikel ist, mit Verlaub, vor zwei Jahren in den UfU-Informationen erschienen und nicht am Vorabend in der Tagesschau gesendet worden.

Beigefügt wurde neben der Unterlassungserklärung auch die Aufforderung, die bereits entstandenen anwaltlichen Kosten zu tragen. Friss oder stirb. Entweder wir unterschreiben innerhalb von drei Tagen oder man

sieht sich vor Gericht wieder. Zu guter Letzt enthielt die beigefügte Unterlassungserklärung ebenfalls die Einwilligung, dass wir den in der Studie errechneten CO₂-Ausstoß von Herrn Abramowitsch nicht mehr erwähnen. Eine Forderung, der wir uns als gemeinnütziges Umweltinstitut auf keinen Fall beugen können. Es ist unsere Aufgabe, den Klimawandel zu bekämpfen und exorbitante Verbräuche da zu benennen, wo sie entstehen. Seien es Konzerne, Staaten oder Einzelpersonen.

Der Witz an der Geschichte: Wir haben nie behauptet, dass Abramowitsch Eigentümer der Eclipse ist. Wir haben lediglich von Besitz gesprochen. Ein feiner, aber rechtlich bedeutender Unterschied. Beispiel: Als Mieter einer Wohnung, besitzen sie diese. Eigentümer ist der Vermieter. Sollte Herr Abramowitsch also gelegentlich mal mit der Eclipse über die Meere geschipert sein, war er rechtlich gesehen in dieser Zeit Besitzer der Jacht.

Quellen aus dem Artikel zu Roman Abramowitsch

1. European Commission (2025): EU sanctions tracker, Roman Arkadyevich ABRAMOVICH, <https://data.europa.eu/apps/eusanctionstracker/subjects/137652>
2. Superyacht Fan (2025): Erleben Sie die Majestät von Eclipse Yacht: Eine der größten Superyachten der Welt, <https://www.superyachtfan.com/de/yacht/eclipse/>
3. Rechtsanwälte Steinhöfel, <https://www.steinhoefel.de/>
4. FAZ (2020): Tichy siegt gegen „Correctiv“ vor Gericht, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien-und-film/tichy-siegt-gegen-recherchegruppe-correctiv-vor-gericht-16789353.html>
5. Süddeutsche Zeitung (2025): Verfahren gegen Julian Reichelt wegen Volksverhetzung eingestellt, <https://www.sueddeutsche.de/medien/verfahren-julian-reichelt-nius-ermittlung-volksverhetzung-li.3332518>

Unterstütze uns!

Gemeinnützige Organisationen leben von ihren Mitgliedern. Das UfU stößt umweltgerechte Entwicklungen und Prozesse an. Es initiiert und betreut angewandte wissenschaftliche Projekte, Aktionen und Netzwerke und setzt sich für mehr Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft ein. Dabei benötigen wir deine Hilfe.

Heute unterstützen ca. 200 Mitglieder und Spender*innen die Tätigkeit unseres Instituts mit ihren Beiträgen, Spenden und Aktivitäten. Wir freuen uns, wenn du in Zukunft dazugehörst.

Mitglied im UfU werden!

Das UfU freut sich sehr über neue Mitglieder. Du erhältst nicht nur all unsere Publikationen kostenlos und wirst zur Mitgliederversammlung eingeladen, sondern kannst auch deinen zivilen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Schau doch gerne mal auf unserer neuen Mitgliederseite vorbei: www.ufu.de/ufu-mitglieder/

Einfach spenden – per Überweisung

Wir freuen uns über jede Spende zur Unterstützung unserer Arbeit.

Eine Spende kannst du jederzeit direkt auf unser Spendenkonto bei der Saalesparkasse Halle überweisen:

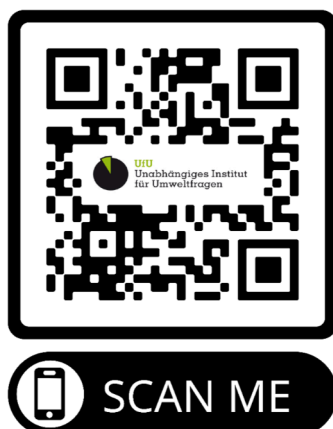
Saalesparkasse Halle

IBAN: DE67 8005 3762 0387 0111 81

BIC: NOLADE21HAL

Bitte beachte: Spenden bis zu 200,00 EUR sind bei Vorlage des Kontoauszuges beim Finanzamt absetzbar; wir stellen dir gerne eine Spendenbescheinigung aus. Bitte schicke uns dafür deine Kontaktdaten an info@ufu.de.

Online kannst du ganz einfach über den QR-Code spenden:



Anmerkung der Redaktion

Das UfU ist eine wissenschaftliche Institution, mit Forschenden aus unterschiedlichen Fachrichtungen. Wie auch in anderen Institutionen variieren unsere Ansichten zu den Problemen und dazugehörigen Lösungen unserer Zeit. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist für uns allerdings klar: Erkenntnis und Fortschritt erlangen wir durch die Diskussion von Kontroversen. Daher fördern wir als UfU die Diskussion in unserer Institution. Die Artikel in dieser Zeitschrift repräsentieren aus diesem Grund zuallererst den/die jeweilige*n Autor*in und nicht zwangsläufig das gesamte Institut.

Impressum

UfU-Informationen

Ausgabe 15, Mai 2026

Herausgeber:

Unabhängiges Institut für
Umweltfragen e. V. (UfU)

Redaktion: Jonas Rüffer, Niklas
Müller

Kontakt zur Redaktion:

Greifswalder Straße, 10

10405 Berlin

Tel.: 030 4284 993 36

Mail: jonas.rueffer@ufu.de



„Ändere die Welt, sie braucht es“
Bertolt Brecht



UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen